Europa 2026–2030: Gegenseitige Kriegsvorbereitung, Aufrüstung und Sicherheitsinteressen

Eine kritische Untersuchung der militärischen Planungen, geopolitischen Konflikte und zivilen Verwundbarkeit von NATO, EU, USA und Russland. Stand: 04.11.2026

Leitfrage:

> *Bereiten sich Russland und die westlichen Staaten auf einen möglichen Krieg miteinander vor – und in welchem Umfang tragen die militärischen Maßnahmen und politischen Entscheidungen beider Seiten dazu bei, dass aus gegenseitiger Bedrohungswahrnehmung eine tatsächliche Eskalation werden könnte?*

Der Bericht folgt der vereinbarten Chronologie: vom Pentagon-Bericht über 90 Tage Eigenversorgung und den zivilen Vorsorgeempfehlungen über die Verwundbarkeit der Versorgung bis zur historischen Entwicklung des Konflikts und der heutigen gegenseitigen militärischen Vorbereitung.

Ein bereits jetzt besonders aufschlussreicher Befund: Die NATO hat am 15. September 2026 ihre Resilienzanforderungen aktualisiert. Darin steht ausdrücklich, dass **zivile Vorsorge auch die Unterstützung militärischer Operationen und die Versorgung nachrückender NATO-Truppen sicherstellen soll**. Genannt werden unter anderem Energie, Lebensmittel, Wasser, Transport, medizinische Güter und Kommunikation. Das ist mehr als allgemeine Katastrophenvorsorge – es ist eine ausdrücklich mit militärischer Verteidigungsplanung verbundene zivile Vorsorge.

1. Der Ausgangspunkt: 90 Tage militärische Eigenversorgung – und die Vorsorge für die Bevölkerung

1.1 Was hinter dem „90-Tage-Plan" des Pentagon steckt – globale Konflikte, Vergeltungsrisiken und die Verwundbarkeit der USA

Der Artikel von Natural News vom 26. Oktober 2026 trägt den Titel The Pentagon's 90-Day Doomsday Plan Should Be Your Wake-Up Call. Autor Mike Adams stellt darin die Frage, weshalb das US-Militär offenbar für eine 90-tägige Unterbrechung der zivilen Versorgung plant, während Haushalte nur auf wesentlich kürzere Krisen vorbereitet werden sollen.

Der Artikel greift einen Bericht von Fox News vom 25. Oktober 2026 auf. Danach soll das Pentagon mit der Initiative FORTRESS große US-Militärstandorte so ausstatten, dass sie mindestens 90 Tage ohne externe Versorgung weiterarbeiten können. Fox News beruft sich dabei auf interne Pentagon-Unterlagen, die der Redaktion vorgelegen hätten, sowie auf Aussagen des Pentagon-Sprechers Sean Parnell.

Genannt werden:

- eigene Stromversorgung und Microgrids,
- mögliche mobile oder kleine Kernreaktoren,
- strategische Treibstoff- und Munitionsreserven,

- Vorräte an kritischen Mineralien, Elektronik, Ersatzteilen und medizinischem Material,
- alternative und mehrfach abgesicherte Lieferketten,
- Schutz vor Ausfällen ziviler Energie- und Versorgungsnetze,
- Schutz vor Cyberangriffen, Sabotage und Drohnen,
- widerstandsfähigere Kommunikations-, Satelliten- und Navigationssysteme,
- die Möglichkeit, zivile Produktionsstätten im Krisenfall auf Rüstungsproduktion umzustellen.

Der Pentagon-Sprecher Sean Parnell wird mit der Aussage zitiert, die nationale Verteidigung dürfe nicht von der normalen kommunalen Infrastruktur abhängig sein. Er begründet das mit der Möglichkeit eines großen Krieges, der Stromnetze, Lieferketten und kritische Infrastruktur beeinträchtigen könnte. Besonders bemerkenswert ist seine Aussage, der nächste Konflikt werde wahrscheinlich auf mehreren Fronten gleichzeitig geführt und globale Lieferketten könnten dabei zusammenbrechen. Fox News, 25. Oktober 2026.

1.1.1 Die USA sind nicht nur Beobachter, sondern selbst an mehreren Konflikten beteiligt

Bei der Bewertung der 90-Tage-Planung muss die globale Rolle der USA berücksichtigt werden. Die Vereinigten Staaten unterhalten ein weltweites Netz militärischer Stützpunkte, Bündnisse und Sicherheitsverpflichtungen. Sie sind nicht nur eine Macht, die auf mögliche Angriffe reagiert, sondern treffen selbst Entscheidungen, die militärische Gegenreaktionen anderer Staaten oder bewaffneter Gruppen auslösen können.

Dabei müssen die Konflikte allerdings unterschieden werden:

Konflikt bzw. Spannungsfeld	Rolle der USA	Mögliche Risiken für die USA
Israel und Iran	Militärische Unterstützung Israels; 2026 auch direkte US-Angriffe auf iranische Ziele	Iranische Vergeltungsangriffe auf US-Stützpunkte, Schiffe, diplomatische Einrichtungen und Personal
Ukraine und Russland	Umfangreiche Waffen-, Finanz-, Ausbildungs- und Geheimdienstunterstützung für die Ukraine; keine reguläre US-Kriegsführung gegen Russland	Russische Gegenmaßnahmen, Cyberangriffe, Sabotage, Zwischenfälle mit NATO-Staaten
China und Taiwan	Strategische Rivalität, militärische Präsenz im Indopazifik und Unterstützung Taiwans	Möglicher Konflikt um Taiwan, Angriffe auf US-Stützpunkte in Japan, Guam oder auf den Philippinen
Nordkorea	Abschreckung und militärische	Raketen- und Nuklearbedrohung für US-

	Unterstützung Südkoreas und Japans	Verbündete und potenziell das amerikanische Festland
Naher Osten und Rotes Meer	Militärische Operationen gegen Iran und verbündete bewaffnete Gruppen, Schutz von Schifffahrtswegen	Angriffe auf US-Schiffe, Militärbasen und diplomatische Einrichtungen

Diese Übersicht zeigt:
Die USA müssen nicht nur ein einzelnes Kriegsszenario berücksichtigen. Sie müssen ihre militärischen Fähigkeiten auf verschiedene Regionen verteilen und gleichzeitig damit rechnen, dass sich Krisen gegenseitig verstärken.

Ein wichtiger Unterschied: Die USA führen 2026 tatsächlich einen direkten militärischen Konflikt mit Iran. Israel ist dagegen ein enger Verbündeter und Partner der USA, nicht ihr Gegner. Im Ukrainekrieg unterstützen die USA die ukrainische Seite, führen aber keinen regulären Krieg mit eigenen Streitkräften gegen Russland. China ist ein strategischer und militärischer Rivale, mit dem derzeit kein offener Krieg geführt wird. Diese Unterschiede sind entscheidend, um die Lage nicht ungenau als eine Reihe bereits laufender US-Kriege darzustellen.

1.1.2 Iran: Das Risiko, dass militärische Interventionen Vergeltung auslösen

Besonders deutlich ist das Risiko im Verhältnis zu Iran.

Am 28. Februar 2026 begannen die USA und Israel gemeinsame Angriffe auf iranische Ziele. Die US-Operation richtete sich unter anderem gegen iranische Raketen- und Drohnenanlagen, Luftverteidigung, Marineeinrichtungen und militärische Führungsstrukturen. Iran reagierte mit Raketen- und Drohnenangriffen in der Region, unter anderem auf militärische Einrichtungen, auf denen US-Truppen stationiert waren.

Nach Angaben des US-Militärs waren im Juli 2026 mehr als 50.000 US-Soldaten im Nahen Osten stationiert. Ende Juli meldete das US-Zentralkommando einen iranischen Raketenangriffsversuch auf amerikanische Streitkräfte und anschließend US-Angriffe auf Ziele der iranischen Revolutionsgarden. US Central Command, 29. Juli 2026.

Die Gefahr ist dabei keineswegs nur theoretisch. Die USA und Israel könnten versuchen, ein strategisches Problem mit einer weiteren militärischen Eskalation zu lösen, obwohl die bisherigen militärischen Erfolge keine dauerhafte Lösung geschaffen haben. Israel verfügt aktuell über wesentliche Voraussetzungen, um sich an einer erneuten größeren Offensive zu beteiligen. Die iranischen Angriffsmöglichkeiten reichen über die Golfregion hinaus, Iran muss aber nicht militärisch überlegen sein, um den Konflikt für die USA strategisch äußerst kostspielig zu machen und muss auch nicht amerikanisches Territorium erreichen, um einen globalen wirtschaftlichen Schock auszulösen. Es reicht, wenn es gelingt, die Energie- und Transportinfrastruktur im Persischen Golf längerfristig zu beeinträchtigen. Die Straße von Hormus, die Energieversorgung, die Entsalzungsanlagen, die militärischen Stützpunkte und die digitale Infrastruktur bilden zusammen ein erhebliches regionales Verwundbarkeitsnetz.

Im Oktober 2026 berichtete Reuters zudem über eine Warnung des US-Geheimdienstdirektors Jay Clayton. Demnach hätten iranische Bemühungen, US-Personal und amerikanische Staatsbürger anzugreifen, deutlich zugenommen. Die Warnung bezog sich auf mögliche Anschläge im Nahen Osten und in weiteren Ländern. In Saudi-Arabien wurden diplomatische Personalbestände reduziert; für mehrere Länder der Region wurden Reisewarnungen verschärft. Das sind konkrete Hinweise auf eine erhöhte Gefährdung amerikanischer Einrichtungen und Personen, nicht bloß auf abstrakte militärische Planspiele. Reuters, 24./25. Oktober 2026.
Wir befinden uns nicht mehr in einer Situation, in der lediglich militärische Vorbereitungen für einen möglichen Konflikt getroffen werden. Wir befinden uns bereits in einer begrenzten militärischen Auseinandersetzung, in deren Umfeld eine größere Eskalation vorbereitet und politisch erwogen wird.
Die wesentlichen militärischen und logistischen Voraussetzungen für eine kurze, intensive US-israelische Angriffskampagne sind vorhanden. Israel hat ein starkes Interesse daran. Iran hat seine Vergeltungsbereitschaft deutlich verschärft. Die Golfstaaten rechnen mit den Folgen.

Was noch fehlt, ist nicht die grundsätzliche militärische Fähigkeit, sondern die endgültige politische Entscheidung über Umfang, Ziele und Dauer einer größeren Operation.

Ich halte es deshalb für falsch, die derzeitige Lage als bloße Drohkulisse oder als reine Verhandlungstaktik zu bewerten. Dafür sind die tatsächlichen Angriffe, die verdeckte militärische Aktivität und die konkreten Vorbereitungen zu weit fortgeschritten.

Gleichzeitig wäre es ebenso falsch, daraus bereits eine beschlossene umfassende US-israelische Offensive abzuleiten. Die diplomatischen Bemühungen sind noch nicht beendet, und Trump hat sich öffentlich gegen einen unmittelbaren neuen Angriff ausgesprochen.

Meine zentrale Bewertung lautet daher:
Die Voraussetzungen für eine größere Eskalation sind weitgehend geschaffen. Die Entscheidung darüber ist noch offen – aber der Übergang von begrenzten Angriffen zu einer koordinierten größeren Operation ist inzwischen eine reale, kurzfristig mögliche Entwicklung. Die USA und europäische Staaten verstärken ihre Krisenvorsorge. Das zeigt eine ernsthafte Neubewertung von Infrastruktur- und Versorgungssicherheit. Die Regierungen begründen dies ausdrücklich mit der Widerstandsfähigkeit gegenüber alltäglichen Notfällen, Unwettern und möglichen Unterbrechungen von Strom, Wasser, Telefon und Internet.

1.1.3 China: Das Risiko eines zweiten großen Kriegsschauplatzes

Die zweite große Herausforderung ist China.

Die USA betrachten die militärische Entwicklung Chinas und die mögliche Eskalation um Taiwan als zentrale strategische Herausforderung. Im Indopazifik unterhalten sie umfangreiche Streitkräfte und Stützpunkte, unter anderem in Japan, Südkorea und Guam. Auch die Philippinen spielen für die regionale militärische Präsenz eine wichtige Rolle.

Ein Konflikt um Taiwan könnte dazu führen, dass China nicht nur gegen Taiwan vorgeht, sondern auch US-Militäranlagen in der Region mit Raketen, Drohnen, Cyberangriffen oder anderen Mitteln angreift, um eine amerikanische Intervention zu erschweren.

Eine Analyse des Center for Strategic and International Studies (CSIS) vom Mai 2026 weist auf die Verwundbarkeit amerikanischer Stützpunkte im westlichen Pazifik hin. Sie kommt außerdem zu dem Schluss, dass die US-Streitkräfte bei einem längeren Krieg mit China erhebliche Probleme mit Munitionsbeständen, Luftverteidigung und Nachschub bekommen könnten. Besonders kritisch wären die begrenzten Produktionskapazitäten für bestimmte Präzisionswaffen und Abfangraketen.

Das ist für FORTRESS von Bedeutung: Eine 90-Tage-Reserve soll nicht nur einen lokalen Stromausfall überbrücken. Sie soll verhindern, dass die militärische Einsatzfähigkeit zusammenbricht, wenn gleichzeitig mehrere Lieferwege gestört werden, Produktionsstätten ausfallen oder wichtige Komponenten nicht mehr aus dem Ausland geliefert werden können.

1.1.4 Russland und Ukraine: Das Risiko einer Ausweitung der Konfrontation

Die westliche Beteiligung an ukrainischen Angriffen ist tiefer, als die öffentliche politische Kommunikation häufig erkennen lässt. Die dokumentierte gemeinsame Operationsplanung in Wiesbaden, die Bereitstellung von Zielkoordinaten und die CIA-Ausnahmen für bestimmte Operationen zeigen, dass die USA in einzelnen Fällen unmittelbar zur operativen Durchführung beigetragen haben. Das ist mehr als bloße Unterstützung aus der Distanz. Sie unterstützen die Ukraine militärisch und politisch in erheblichem Umfang, und die Ukraine hat eine eigenständige, strategisch ausgerichtete Sabotagefähigkeit aufgebaut. Die Operation Spiderweb, die Angriffe auf Munitionslager und die systematische Kampagne gegen Raffinerien belegen, dass sie russisches Hinterland inzwischen in einer Größenordnung treffen kann, die noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war.

Aus russischer Sicht ist diese Unterstützung Teil einer westlichen Konfrontation mit Russland. Die russische Regierung hat wiederholt erklärt, dass westliche Waffenlieferungen, Aufklärung und militärische Unterstützung die NATO zunehmend in den Konflikt hineinziehen würden.
Wer nur russische Aktivitäten gegen Europa betrachtet, unterschlägt die ukrainischen und westlich ermöglichten Operationen gegen Russland. Wer umgekehrt nur diese Operationen betrachtet, unterschlägt Russlands verdeckte Aktivitäten gegen europäische Staaten. Für USA und Europa ergibt sich eine besonders gefährliche Entwicklung: Die Grenzen zwischen Kriegsschauplatz, Unterstützerstaat, logistischer Drehscheibe und indirektem Konfliktteilnehmer werden immer unschärfer.

Das bedeutet nicht, dass Russland zwangsläufig amerikanisches Territorium angreifen wird. Es bedeutet aber, dass amerikanische Einrichtungen in Europa, insbesondere militärische Logistik- und Kommandoeinrichtungen, in einem größeren Konflikt eine strategische Bedeutung hätten.

Die USA müssen deshalb auch Szenarien berücksichtigen, in denen ein Konflikt in Europa mit einer Krise im Nahen Osten oder im Indopazifik zusammenfällt. In einer

solchen Lage könnten Munitionsbestände, Lufttransportkapazitäten, Tankflugzeuge, Schiffe, Satellitenkommunikation und Ersatzteile gleichzeitig in mehreren Regionen benötigt werden. Sollte Washington im Nahen Osten eine größere Operation beginnen, wäre es für Russland strategisch attraktiv, den Druck auf Europa zu erhöhen – nicht zwingend durch eine Invasion, sondern durch gezielte, schwer zuzuordnende Aktionen gegen Infrastruktur und militärische Logistik.

1.1.5 Die offizielle US-Verteidigungsstrategie bestätigt das Problem mehrerer gleichzeitiger Konflikte

Besonders aufschlussreich ist die im Januar 2026 veröffentlichte National Defense Strategy der USA.

Darin gibt es ein eigenes Kapitel mit dem Titel The Simultaneity Problem and Implications for Allied Burden-Sharing – das Problem gleichzeitiger Konflikte und seine Auswirkungen auf die Lastenteilung mit Verbündeten.

Die Strategie erklärt ausdrücklich, die USA und ihre Verbündeten müssten darauf vorbereitet sein, dass ein oder mehrere potenzielle Gegner gleichzeitig oder koordiniert in mehreren Weltregionen handeln könnten. Als relevante strategische Herausforderungen behandelt das Dokument China, Russland, Iran und Nordkorea.

Das ist ein bemerkenswerter Befund: Die Möglichkeit mehrerer gleichzeitiger Konflikte ist nicht nur eine journalistische Spekulation oder eine Befürchtung von Kritikern der US-Außenpolitik. Sie ist ausdrücklich Bestandteil der offiziellen amerikanischen Militärplanung.

Die US-Strategie geht dabei auch davon aus, dass Verbündete künftig mehr Verantwortung für ihre eigene Verteidigung übernehmen sollen, während die USA ihre Kräfte stärker auf die Verteidigung des eigenen Territoriums und den Indopazifik konzentrieren.
https://www.media.defense.gov

Das lässt sich als Hinweis auf ein grundlegendes Problem verstehen: Die militärischen Verpflichtungen der USA sind global, ihre Ressourcen aber nicht unbegrenzt. Wenn mehrere Konflikte gleichzeitig eskalieren, kann es zu Engpässen bei Personal, Munition, Logistik und industrieller Produktion kommen.

1.1.6 Könnten andere Staaten die USA selbst angreifen?

Diese Frage sollte ausdrücklich gestellt werden.

Wenn die USA militärisch gegen andere Staaten vorgehen, können diese Staaten versuchen, die amerikanische Kriegsfähigkeit zu schwächen. Das muss nicht zwangsläufig durch einen direkten Angriff auf das amerikanische Festland geschehen.

Mögliche Formen wären:

- Raketen- und Drohnenangriffe auf US-Stützpunkte im Ausland,
- Angriffe auf US-Kriegsschiffe und Versorgungsschiffe,
- Cyberangriffe auf Energieversorgung, Kommunikation und Logistik,

- Sabotage an Unterseekabeln, Häfen oder anderen kritischen Einrichtungen,
- Angriffe auf diplomatische Einrichtungen oder US-Personal,
- Störungen von Satellitenkommunikation und GPS,
- wirtschaftliche Gegenmaßnahmen und Unterbrechungen von Rohstoff- und Lieferketten.

Die Bedrohung des amerikanischen Festlands ist dabei gesondert zu bewerten. Ein großangelegter konventioneller Angriff auf das US-Festland wäre für die meisten Gegner mit enormen militärischen und politischen Risiken verbunden. Cyberangriffe, Sabotage, Spionage, Angriffe auf Satelliten- und Kommunikationssysteme oder terroristische Anschläge sind dagegen grundsätzlich andere und teilweise niedrigschwelligere Bedrohungsszenarien.

Die US-Regierung hat diese Verwundbarkeit ausdrücklich in den Mittelpunkt ihrer neuen Verteidigungsplanung gestellt. FORTRESS soll nicht nur militärische Einrichtungen gegen klassische Angriffe absichern, sondern auch ihre Funktionsfähigkeit bei Cyberangriffen, Sabotage, Drohnenangriffen und dem Ausfall ziviler Infrastruktur gewährleisten.

1.1.7 Was die 90 Tage tatsächlich bedeuten

Die 90 Tage sind deshalb in einem größeren Zusammenhang zu sehen.

Es geht nicht allein darum, dass eine Militärbasis bei einem Stromausfall weiterarbeiten kann. Es geht um die Fähigkeit der USA, ihre militärischen Operationen auch dann fortzuführen, wenn:

1. mehrere Konflikte gleichzeitig stattfinden,
2. Stützpunkte im Ausland angegriffen werden,
3. internationale Handels- und Transportwege unterbrochen sind,
4. wichtige Rohstoffe und Rüstungskomponenten nicht mehr zuverlässig verfügbar sind,
5. zivile Energie- und Kommunikationsnetze ausfallen,
6. amerikanische Produktionsstätten durch Cyberangriffe oder Sabotage beeinträchtigt werden.

Die 90-Tage-Autonomie ist damit Teil einer umfassenderen Strategie, die militärische Handlungsfähigkeit auch unter Bedingungen eines globalen Mehrfrontenkonflikts zu sichern.

Allerdings ist eine Einschränkung wichtig: Die öffentlich zugänglichen Informationen bestätigen, dass FORTRESS als Initiative im September 2026 vorgestellt wurde. Die konkrete 90-Tage-Anforderung wurde vor allem durch Fox News anhand eingesehener Unterlagen bekannt. Der vollständige Plan, sein Budget, der verbindliche Zeitplan und die genaue Umsetzung sind öffentlich nicht vollständig dokumentiert. Auch die Weiterverbreitung des Fox-Berichts durch den Pentagon-Sprecher ist nicht mit einer detaillierten öffentlichen Bestätigung jeder einzelnen Anforderung gleichzusetzen.
Der Fox-News-Bericht, der sich auf eingesehene Dokumente sowie Aussagen des Pentagon-Sprechers Sean Parnell stützt, kommt zu folgender Analyse:

Was ist daran besonders auffällig?
Der entscheidende Punkt ist nicht die Notstromversorgung einzelner Militärstützpunkte. Es geht um die Frage, wie die USA einen Krieg weiterführen können, wenn gleichzeitig:

- Stromversorgung ausfällt,
- Treibstofflieferungen unterbrochen werden,
- internationale Transportwege nicht mehr funktionieren,
- Satelliten- und Navigationssysteme gestört werden,
- zivile Produktionskapazitäten ausfallen,
- kritische Rohstoffe nicht mehr verfügbar sind.

Das ist eine **Planung für einen Konflikt**, der nicht nur auf einem Schlachtfeld stattfindet, sondern auch die industrielle und zivile Infrastruktur der USA selbst treffen könnte.

1.1.8 Was lässt sich daraus ableiten?

Die bisherige Einordnung muss an dieser Stelle erweitert werden.

Zunächst einmal: Das US-Verteidigungsministerium plant offenbar mit einem Szenario, in dem militärische Einrichtungen über längere Zeit unabhängig von der zivilen Infrastruktur funktionieren müssen. Die FORTRESS-Initiative sieht darüber hinaus umfangreiche Maßnahmen zur Absicherung von Energie, Treibstoff, Munition, kritischen Rohstoffen, Produktionskapazitäten und Kommunikationssystemen vor.

Zweitens: Die USA haben selbst eine Reihe von Konflikten und Konfrontationen mitverursacht oder verschärft, in denen andere Staaten und bewaffnete Gruppen ein Interesse daran haben können, amerikanische Militärfähigkeiten zu schwächen. Das gilt besonders für den direkten Konflikt mit Iran. Die iranischen Vergeltungsangriffe auf US-Einrichtungen und die Warnungen vor weiteren Anschlägen zeigen, dass dieses Risiko bereits praktische Bedeutung hat.

Drittens: Die offizielle US-Verteidigungsstrategie erkennt ausdrücklich die Gefahr an, dass mehrere Gegner gleichzeitig oder koordiniert in unterschiedlichen Weltregionen handeln könnten. Das bedeutet, dass die USA nicht nur mit einem einzelnen regionalen Krieg rechnen, sondern mit einer möglichen Überlagerung mehrerer Krisen.

Viertens: Ein Angriff auf das amerikanische Festland ist nicht das einzige Szenario, das die 90-Tage-Planung erklären kann. Schon die gleichzeitige Gefährdung von Stützpunkten im Ausland, globalen Lieferketten, Satellitensystemen, Häfen und Energieversorgung kann die militärische Handlungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen.

Die Sorge ist deshalb berechtigt – allerdings nicht im Sinne eines Beweises, dass ein Weltkrieg unmittelbar bevorsteht. Sie ist berechtigt, weil die USA selbst in ihrer offiziellen Strategie von einem gefährlichen internationalen Umfeld, möglichen Mehrfrontenkonflikten und der Verwundbarkeit ihrer militärischen Infrastruktur ausgehen.

Die 90-Tage-Planung kann somit als Vorsorge für eine Situation verstanden werden, in der die USA aufgrund ihrer weltweiten militärischen Verpflichtungen und ihrer eigenen

Interventionen mit Gegenreaktionen mehrerer Akteure gleichzeitig konfrontiert sein könnten.

Daraus ergibt sich eine weitergehende politische Frage, die im Bericht nicht fehlen sollte:

In welchem Umfang erzeugt die globale militärische Präsenz der USA selbst jene Risiken, gegen die das Pentagon seine Infrastruktur nun absichern möchte?

Denn militärische Vorsorge ist nicht nur eine Reaktion auf äußere Bedrohungen. Sie ist auch die Konsequenz einer Außenpolitik, die zahlreiche Konflikte, Rivalitäten und Sicherheitsverpflichtungen gleichzeitig aufrechterhält.

1.2 Der Vergleich: USA, EU und Deutschland

Die drei Vorsorgezeiträume beziehen sich auf unterschiedliche Einrichtungen und Zielgruppen:

Gebiet / Institution	Vorsorgezeitraum	Für wen bzw. was?
USA – Pentagon/FORTRESS	mindestens 90 Tage	Eigenständige Einsatzfähigkeit großer Militärstandorte
EU – Preparedness Union Strategy	mindestens 72 Stunden	Eigenvorsorge der Bevölkerung
Deutschland – BBK	möglichst 10 Tage	Private Haushalte

Die EU-Kommission empfiehlt in ihrer Preparedness Union Strategy vom 26. März 2025, dass die Bevölkerung mindestens 72 Stunden selbstständig zurechtkommen können soll. Der Ansatz umfasst ausdrücklich unterschiedliche Gefahren: militärische Konflikte, Cyberangriffe, Naturkatastrophen, Gesundheitskrisen und andere Störungen. Er verbindet zivile Vorsorge zudem mit zivil-militärischer Zusammenarbeit.

Das deutsche Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe empfiehlt, dass Haushalte sich möglichst zehn Tage selbst versorgen können. Es betont zugleich, dass auch ein Vorrat für drei Tage bereits hilfreich ist und schrittweise aufgebaut werden kann. Der aktuelle Ratgeber behandelt unter anderem Stromausfälle, Schutzorte, Desinformation und mentale Gesundheit. Das BBK erklärt, dass das Thema Krieg wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine und entsprechender Fragen aus der Bevölkerung stärker aufgenommen wurde.

Der Unterschied ist auffällig, aber nicht unmittelbar ein Widerspruch. Ein Militärstützpunkt hat andere Aufgaben als ein Privathaushalt: Er muss gegebenenfalls Personal, Flugzeuge, Fahrzeuge, Kommunikation, Waffen und logistische Abläufe aufrechterhalten. Die 90 Tage sind daher nicht mit der empfohlenen Vorratshaltung einer Familie gleichzusetzen.

Trotzdem bleibt eine berechtigte Frage: Wenn militärische Planer damit rechnen, dass zivile Netze und Lieferketten über Monate ausfallen könnten, warum wird die Bevölkerung nicht ebenfalls umfassender auf längere Ausfälle vorbereitet? Eine Empfehlung von zehn Tagen ist keine Garantie dafür, dass nach zehn Tagen die Versorgung wieder funktioniert.

1.3 Die entscheidende Frage: Was passiert nach Ablauf der Vorräte?

Ein Vorrat ist nur ein Teil der Krisenvorsorge. Eine Versorgungskette besteht aus mehreren voneinander abhängigen Elementen:

Vereinfachte Versorgungskette

- Energie und Rohstoffe
- Produktion und Verarbeitung
- Lagerung und Großhandel
- Transport, Treibstoff und Personal
- Versorgung der Bevölkerung

Fällt ein kritisches Glied aus, können auch vorhandene Vorräte schwer erreichbar werden.

Ein Land kann statistisch genügend Lebensmittel besitzen und trotzdem örtliche Versorgungsprobleme bekommen, wenn Strom, Transport, Kühlung, Personal oder Zahlungsverkehr ausfallen. Genau deshalb ist die Frage nach der tatsächlichen Durchhaltefähigkeit wichtiger als die bloße Zahl vorhandener Vorräte.

2. Quaker Oats in Cedar Rapids: Ein Beispiel für konzentrierte Lebensmittelproduktion

2.1 Was am 24. Oktober 2026 geschah

Am Samstag, dem 24. Oktober 2026, kam es in der Quaker-Oats-Anlage in Cedar Rapids im US-Bundesstaat Iowa zu einer Explosion mit anschließendem Brand. Die Feuerwehr wurde gegen 16:44 Uhr alarmiert. Alle Beschäftigten konnten das Gebäude verlassen; Verletzte oder Tote wurden nach den veröffentlichten Angaben nicht gemeldet. Die Brandursache war zunächst Gegenstand der Untersuchung und ungeklärt, dennoch geschieht nichts zufällig.

Die Anlage wird von PepsiCo als weltweit größte Mühlenanlage ihrer Art beschrieben. Laut Associated Press verarbeitet sie mehr als zwei Millionen Pfund Hafer täglich – umgerechnet rund 900.000 Kilogramm.

2.2 Warum dieser Vorfall für die Krisenvorsorge relevant ist

Der Vorfall zeigt, wie stark Lebensmittelproduktion an einzelnen großen Standorten konzentriert sein kann. Eine solche Konzentration ist wirtschaftlich effizient, kann aber im Krisenfall eine Schwachstelle darstellen.

Ein längerfristiger Ausfall könnte mehrere Folgen haben:

- Lieferengpässe bei bestimmten Haferprodukten,
- Umleitung von Rohstoffen und Produktion auf andere Standorte,
- höhere Transportkosten und längere Lieferzeiten,
- stärkere Abhängigkeit von Lagerbeständen und Ersatzkapazitäten.

Allerdings muss man die Reichweite realistisch beurteilen. Der Ausfall einer großen Mühle bedeutet nicht automatisch, dass die US-amerikanische Lebensmittelversorgung insgesamt gefährdet ist. Dafür müsste man wissen, wie groß die Lagerbestände sind, welche anderen Mühlen freie Kapazitäten haben und wie schnell Produktion und Transport umgestellt werden können.

Aktuell: Es gibt bislang keinen belastbaren Nachweis, dass die Explosion durch Sabotage, einen Cyberangriff oder eine geopolitische Aktion verursacht wurde. Der Vorfall darf deshalb nicht als Beleg für einen Angriff auf die Lebensmittelversorgung dargestellt werden.

2.3 Die Verbindung zum Pentagon-Plan

Die beiden Ereignisse sind nicht nachweislich miteinander verbunden. Ihre Verbindung liegt auf einer anderen Ebene:

- FORTRESS zeigt, dass das US-Militär mit längerfristigen Ausfällen ziviler Infrastruktur und Lieferketten plant.
- Cedar Rapids zeigt, dass ein einzelner Produktionsstandort eine erhebliche industrielle Bedeutung haben kann.
- Zusammen machen sie deutlich, weshalb Versorgungssicherheit nicht nur eine Frage privater Vorräte ist, sondern auch von Redundanz, Ersatzkapazitäten, Energieversorgung und Logistik abhängt.

Das ist der Übergang zur europäischen Situation: Wie gut sind Deutschland und die EU auf solche Ausfälle vorbereitet?

3. Wie belastbar ist die zivile Vorsorge in Deutschland?

3.1 Lebensmittelreserven: Es gibt staatliche Vorräte – aber keine nachgewiesene 90-Tage-Versorgung

Deutschland verfügt über zwei wichtige staatliche Lebensmittelreserven:

1. Bundesreserve Getreide: Sie umfasst Brotgetreide wie Weizen und Roggen sowie Hafer und dient der Sicherstellung der Mehl- und Brotversorgung.

2. Zivile Notfallreserve: Sie besteht aus haltbaren Grundnahrungsmitteln wie Reis, Hülsenfrüchten und Kondensmilch. Sie soll insbesondere in Ballungsräumen bei einer unzureichenden Versorgungslage eine warme Mahlzeit am Tag ermöglichen.

Die staatlichen Vorräte sollen kurzfristige Versorgungsengpässe überbrücken. Die Rahmenrichtlinien zur Gesamtverteidigung betonen ausdrücklich, dass sie eine private Vorsorge nicht ersetzen. Bürgerinnen und Bürger sollen ergänzend einen individuell zusammengestellten Lebensmittelvorrat für zehn Tage vorhalten. verwaltungsvorschriften-im-internet.de

Daraus folgt: Deutschland besitzt staatliche Notfallreserven, aber daraus lässt sich keine vollständige, gleichmäßige und 90 Tage lang funktionierende Versorgung der gesamten Bevölkerung ableiten.

Es ist außerdem ein Unterschied, ob Lebensmittel physisch eingelagert sind oder ob sie unter Krisenbedingungen tatsächlich verteilt werden können. Dafür braucht es Personal, Energie, Transportmittel, funktionierende Lager, sichere Verkehrswege und eine Verteilungsorganisation.

3.2 Krankenhäuser: Eine besonders kritische Schwachstelle

Das Krankenhaus-Barometer 2025 der Deutschen Krankenhausgesellschaft beruht auf einer Befragung von 376 Krankenhäusern. Danach können 43 Prozent der befragten Kliniken einen Stromausfall mindestens drei Tage überbrücken. 84 Prozent halten erweiterte Treibstoffvorräte für eine zentrale Voraussetzung der Notstromversorgung. Nur jede zehnte Klinik kann die Patientenversorgung bei einem mehrtägigen Ausfall uneingeschränkt aufrechterhalten.

Diese Zahlen sind keine vollständige Erhebung aller deutschen Krankenhäuser. Sie zeigen aber eine erhebliche Herausforderung: Notstrom bedeutet nicht automatisch, dass eine Klinik im Blackout normal weiterarbeiten kann. Auch Wasser, Wärme, medizinische Gase, IT, Medikamente, Personal und Lieferungen müssen verfügbar bleiben.

3.3 Wasser, Strom und kommunale Krisenplanung

Auch die Wasserversorgung ist auf Energie, Pumpen, Steuerungstechnik und funktionierende Leitungsnetze angewiesen. Bei einem längeren Stromausfall können deshalb nicht nur Haushalte, sondern auch Wasserwerke und Abwasseranlagen betroffen sein.

Hinzu kommt, dass die Krisenvorsorge in Deutschland stark von kommunalen und regionalen Strukturen abhängt. Ein vorhandener Krisenplan sagt noch nicht aus, ob er regelmäßig geübt wurde, ob Personal und Material verfügbar sind und ob die Versorgung im konkreten Krisenfall tatsächlich funktioniert.

3.4 Was die Zahlen insgesamt aussagen

Die bisher ausgewerteten Daten ergeben kein Bild einer völlig unvorbereiteten Gesellschaft. Es gibt staatliche Reserven, gesetzliche Vorsorgepflichten, Notstromanlagen und Krisenpläne.

Sie belegen aber auch keine flächendeckende Fähigkeit, eine lang andauernde Krise ohne erhebliche Einschränkungen zu bewältigen. Besonders problematisch sind die Abhängigkeiten zwischen Energie, Wasser, Gesundheit, Transport und Lebensmittelversorgung.

Der entscheidende Befund lautet daher: Die staatliche Vorsorge ist auf kurzfristige Engpässe und bestimmte Krisen ausgelegt. Eine verlässliche, über Monate aufrechterhaltbare Versorgung der gesamten Bevölkerung ist öffentlich nicht nachgewiesen.

4. Großbritannien: imperiale Interessen, Russlandpolitik und heutige Rolle

Großbritannien war über lange Zeit nicht nur ein europäischer Beobachter, sondern eine führende Seemacht mit eigenen Interessen an der Kontrolle von Handelswegen, Zugängen zum Mittelmeer, Zentralasien und Indien. Russland war dabei wiederholt ein strategischer Konkurrent.

Das bedeutet nicht, dass jede britische Regierung seit dem 19. Jahrhundert dasselbe Ziel verfolgt hätte. Die historischen Quellen zeigen vielmehr eine Reihe konkreter Phasen, in denen britische Politiker und Strategen Russland eindämmen, zurückdrängen oder territorial schwächen wollten.

4.1 Das „Great Game“: Russland und die Sicherung Britisch-Indiens

Im 19. Jahrhundert konkurrierten das Russische und das Britische Empire um Einfluss in Zentralasien. Großbritannien betrachtete eine mögliche russische Expansion in Richtung Afghanistan und Indien als Bedrohung seiner wichtigsten kolonialen Besitzung. Diese Angst prägte Diplomatie, Geheimdiensttätigkeit, militärische Planungen und die britische Politik gegenüber Persien, Afghanistan und den zentralasiatischen Khanaten.

Der Begriff „Great Game“ bezeichnet diese geopolitische Konkurrenz. Die britischen Befürchtungen waren nicht immer durch eine unmittelbar bevorstehende russische Invasion Indiens gedeckt. Der Historiker John Howes Gleason untersuchte in The Genesis of Russophobia in Great Britain (1950), wie britische Russlandbilder durch politische Interessen, öffentliche Debatten und übersteigerte Bedrohungswahrnehmungen geprägt wurden. Jeffrey Sachs greift diese Forschung auf und argumentiert, dass die britische Angst vor Russland teilweise stärker aus imperialen Interessen als aus einer realistischen Einschätzung russischer Absichten hervorging. Das ist Sachs’ Interpretation; die Existenz der imperialen Konkurrenz und der britischen Bedrohungsdebatte ist davon unabhängig historisch belegt.

4.2 Palmerston und der Krimkrieg: konkrete Pläne zur Schwächung und Zerteilung Russlands



Quelle: Internetfund in einer Kirchengemeinde (Aufteilung RUS)

Besonders deutlich wird die britische Interessenlage während des Krimkriegs von 1853 bis 1856. Der britische Außen- und später Premierminister Henry John Temple, Viscount Palmerston, vertrat eine deutlich härtere Linie gegenüber Russland als andere Mitglieder der britischen Regierung.

Der Historiker Orlando Figes beschreibt ein Memorandum Palmerstons vom März 1854, in dem dieser die Möglichkeit einer territorialen Zerschlagung des Russischen Reiches erörterte. Zu den diskutierten Veränderungen gehörten unter anderem:

- die Rückgabe der Krim und des Kaukasus an das Osmanische Reich,
- die Rückgabe Finnlands an Schweden,
- eine Veränderung der Kontrolle über die baltischen Provinzen,
- territoriale Veränderungen in Bessarabien,
- die Wiederherstellung eines unabhängigen Polen.

Diese Vorschläge sind ein wichtiger historischer Beleg dafür, dass ein führender britischer Politiker nicht nur Eindämmung, sondern eine erhebliche territoriale Schwächung Russlands erwog. Sie dürfen allerdings nicht so dargestellt werden, als sei ein vollständiger Zerlegungsplan von der gesamten britischen Regierung beschlossen und anschließend als offizielles Kriegsziel umgesetzt worden. Im Kabinett bestanden unterschiedliche Auffassungen über Reichweite und Zweck des Krieges.

Auch die britische Parlamentsdebatte vom 24. Mai 1855 ist aufschlussreich: Dort wurde ausdrücklich die Möglichkeit erörtert, Russlands Macht zu zerstören, sein Territorium zu zerteilen und das Reich „in Stücke zu reißen". Das ist eine Primärquelle für die damalige politische Debatte, aber kein Beweis dafür, dass diese Option die endgültige britische Regierungspolitik war. Hansard, 24. Mai 1855.

Der Friedensvertrag von Paris 1856 zerschlug Russland nicht. Er begrenzte aber die russische Stellung im Schwarzen Meer und stellte damit eine strategische Einschränkung russischer Macht dar.

Historische Einordnung: Die Vorstellung, Großbritannien habe in der Mitte des 19. Jahrhunderts ausschließlich eine defensive Politik gegenüber Russland betrieben, ist mit den Quellen nicht vereinbar. Ebenso wenig wäre es korrekt, aus Palmerstons Plänen eine durchgehende, unveränderte britische Staatsdoktrin bis in die Gegenwart abzuleiten.

4.3 Mackinder und das „Heartland“: Kontrolle des eurasischen Raumes

1904 veröffentlichte der britische Geograph Halford Mackinder seine einflussreiche geopolitische Analyse The Geographical Pivot of History. Darin beschrieb er das eurasische Binnenland als strategischen Kernraum der Weltpolitik. Eine kontinentale Macht, die diesen Raum beherrschen könnte, würde nach seiner Auffassung eine besondere geopolitische Stellung erlangen.

Russland nahm in diesem Modell eine zentrale Position ein. Mackinders Denken war nicht einfach ein militärischer Operationsplan zur Zerschlagung Russlands. Es lieferte aber eine geopolitische Begründung dafür, die Entstehung einer dominierenden kontinentalen Macht in Eurasien zu verhindern.

In seiner Schrift Democratic Ideals and Reality von 1919 befürwortete Mackinder einen Gürtel osteuropäischer Staaten zwischen Deutschland und Russland. Solche Pufferstaaten sollten das geopolitische Gleichgewicht sichern. Das war eine Strategie der räumlichen Begrenzung kontinentaler Macht – nicht automatisch ein Plan, das gesamte russische Staatsgebiet aufzuteilen.

4.4 Die britische Intervention im russischen Bürgerkrieg 1918–1921

Nach der Revolution von 1917 intervenierten Großbritannien und weitere alliierte Staaten militärisch in Russland. Die Motive waren nicht einheitlich: Dazu gehörten zunächst die Sicherung von Kriegsmaterial und Nachschub, die Wiederherstellung einer Ostfront gegen Deutschland, später die Unterstützung antibolschewistischer Kräfte und die Eindämmung der kommunistischen Revolution.

Die britische Intervention umfasste Waffenlieferungen, Ausbildung und militärische Aktivitäten. Die Forschung zeigt zugleich, dass die Politik nicht immer geschlossen war. Scott Sherriffs Untersuchung zur britischen Intervention weist darauf hin, dass britische Kommandeure vor Ort teilweise aktiver gegen die Bolschewiki vorgingen, als es die offizielle Politik vorsah. Andere Historiker betonen die widersprüchlichen Ziele der britischen Regierung und die fehlende kohärente Gesamtstrategie. Sherriff, Britain’s Forgotten Intervention in Russia, 1918–21, RUSI Journal, 2023.

Auch die Haltung zu den Randgebieten des ehemaligen Zarenreiches war widersprüchlich: Einerseits gab es Unterstützung für Unabhängigkeitsbestrebungen beziehungsweise neue Grenzstaaten, andererseits Überlegungen, ein nichtbolschewistisches Russland als föderalen oder geeinten Staat wiederherzustellen.

Daraus folgt: Es gab britische Intervention, Einflussnahme und zeitweise Unterstützung von Kräften, die die territoriale und politische Ordnung Russlands verändern wollten. Die Quellen belegen aber keine einheitliche britische Entscheidung, Russland unter allen Umständen dauerhaft in mehrere Staaten aufzuspalten.

4.5 Von der imperialen Konkurrenz zum Kalten Krieg

Im 20. Jahrhundert veränderte sich die geopolitische Lage. Großbritannien verlor seine Stellung als globale Führungsmacht, während die USA aufstiegen. Die britisch-amerikanische Zusammenarbeit wurde für die westliche Russland- beziehungsweise Sowjetpolitik zentral.

Die Eindämmung der Sowjetunion war nach 1945 eine erklärte westliche Strategie. Sie zielte auf die Begrenzung sowjetischer Macht und des kommunistischen Einflusses. Das war nicht dasselbe wie ein offizielles Ziel, die Sowjetunion militärisch zu zerschlagen. Gleichwohl gab es westliche Geheimdienstoperationen, verdeckte Einflussnahme und Unterstützung politischer Kräfte in verschiedenen Ländern. Dass solche Operationen historisch stattgefunden haben, ist dokumentiert; daraus lässt sich nicht ohne Einzelfallbelege ableiten, dass jede politische Umwälzung in Osteuropa oder im postsowjetischen Raum vom Westen gesteuert worden sei.

4.6 Jeffrey Sachs' These: eine Fortsetzung britischer Geopolitik durch die USA?

Jeffrey Sachs vertritt die These, dass die US-Politik nach dem Ende der Sowjetunion teilweise die ältere britische Strategie übernommen habe: Russland solle nicht wieder zu einer eigenständigen eurasischen Großmacht werden, die den westlichen Einfluss in Europa und im Schwarzmeerraum begrenzen könnte.

Sachs verweist dabei unter anderem auf Äußerungen und geopolitische Überlegungen amerikanischer Strategen wie Zbigniew Brzezinski. In The Grand Chessboard (1997) diskutierte Brzezinski eine Neuordnung des eurasischen Raumes und die geopolitische Bedeutung einer unabhängigen Ukraine. Sachs interpretiert solche Überlegungen als Teil einer Strategie, Russland dauerhaft zu schwächen. Seine weitergehende Behauptung, maßgebliche US-Kreise hätten nach 1991 gezielt **die Aufteilung Russlands** angestrebt.

Brzezinski schreibt sinngemäß, dass Eurasien das entscheidende geopolitische Spielfeld der globalen Machtpolitik sei. Er formuliert drei wesentliche strategische Überlegungen:

Erstens: Die USA müssen ihre globale Vormachtstellung in Eurasien erhalten.

Brzezinski beschreibt ausdrücklich, dass die amerikanische globale Vorherrschaft davon abhänge, wie lange und wie effektiv Washington seine Stellung auf dem eurasischen Kontinent aufrechterhalten könne.

Zweitens: Es darf keine rivalisierende eurasische Supermacht entstehen.

Er bezeichnet die Verhinderung einer dominierenden und antagonistischen eurasischen Macht als zentrales Ziel amerikanischer Geostrategie.

<u>Drittens:</u> Die Ukraine besitzt eine Schlüsselstellung.

Brzezinski bezeichnet die Ukraine als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt.

Besonders deutlich wird seine Argumentation in seiner Analyse Russlands:

Ohne die Ukraine könne Russland zwar weiterhin eine Großmacht bleiben, aber nicht mehr ohne Weiteres ein eurasisches Imperium bilden. Mit der Ukraine hingegen könne Russland erneut die Voraussetzungen für eine kontinentale Großmachtstellung erlangen.

Bemerkenswert ist die ausdrückliche Aussage der britischen Regierung, dass die russische Kriegsmaschinerie bereits geschwächt worden sei und weiter unter Druck gesetzt werden solle.

Besonders aussagekräftig ist hierbei, dass Brzezinski die **Ukraine** ausdrücklich als **geopolitischen Schlüssel** zur Begrenzung russischer Macht betrachtete. Die amerikanische NATO-Erweiterung und die heutige britische Politik gegenüber Russland lassen sich vor diesem historischen Hintergrund besser verstehen.

Das ist keine Vermutung, sondern eine offizielle politische Zielsetzung.

Eine kritische Interpretation

Hier ist eine gewisse Kontinuität zu früheren britischen Machtinteressen erkennbar:

- Russland soll keine dominante Stellung in Osteuropa und im Schwarzmeerraum gewinnen.
- Die Ukraine soll außerhalb einer russischen Einflusssphäre eigenständig bestehen können.
- Großbritannien will seinen Einfluss innerhalb der NATO und in Europa stärken.
- Eine russische Machtprojektion gegen die westliche Sicherheitsordnung soll begrenzt werden.

Sachs' Argumentation enthält drei Ebenen:

Die USA wollten nach 1991 ihre globale Vormachtstellung sichern.

Dafür gibt es zahlreiche Belege, Insbesondere:

- Brzezinskis *The Grand Chessboard*.
- Die Defense Planning Guidance von 1992.
- Die amerikanische NATO-Erweiterungspolitik.
- Die strategische Bedeutung der Ukraine in der amerikanischen Eurasienpolitik.

Die USA wollten Russland dauerhaft als eigenständige Großmacht begrenzen.

In wesentlichen Teilen belegt, besitzt eine erhebliche dokumentarische Grundlage.

Die amerikanische Strategie zielte darauf, eine neue Machtkonzentration in Eurasien zu verhindern, die amerikanische Interessen und die bestehende internationale Machtordnung herausfordern könnte.

Dazu gehörte zwangsläufig auch die Begrenzung russischer Einflussmöglichkeiten.

Die amerikanische Politik gegenüber Russland war nicht durchgehend einheitlich:

Unter Clinton gab es beispielsweise durchaus die Absicht, Russland wirtschaftlich und politisch in die westliche Ordnung einzubinden. Auch Brzezinski hielt eine spätere Integration Russlands in ein europäisches Sicherheitssystem für möglich.

Die amerikanische Politik bewegte sich somit zwischen Kooperation, Einflussnahme, strategischer Konkurrenz und Eindämmung.

Washington und London verfolgen einen Plan zur territorialen Zerschlagung Russlands.

Es gibt tatsächlich amerikanische und britische geopolitische Überlegungen, die auf eine Schwächung russischer Macht hinauslaufen können.

Es gibt auch eine lange westliche Debatte über die politische Zukunft der russischen Föderation.

Ein Beispiel dafür ist die 2022 gegründete parlamentarische Kommission der US-Helsinki-Kommission zur Frage der Dekolonisierung Russlands.

Diese Punkte sind politisch relevant und müssen berücksichtigt werden.

4.7 Großbritannien seit 2014: Ausbildung, Waffenhilfe, Geheimdienstkooperation und strategische Führungsrolle

Die britische Rolle in der Ukraine ist nicht erst mit dem russischen Großangriff vom Februar 2022 entstanden.

- Operation ORBITAL: Großbritannien unterstützte seit 2015 den Aufbau und die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte. Das britische Verteidigungsministerium erklärte im Januar 2022, dass im Rahmen der Operation bereits mehr als 22.000 ukrainische Soldaten ausgebildet worden seien. Britische Regierung, Erklärung vom 17. Januar 2022.
- Waffenhilfe vor Februar 2022: Im Januar 2022 lieferte Großbritannien unter anderem leichte Panzerabwehrwaffen und entsandte für eine begrenzte Zeit britisches Personal zur Einweisung. Das geschah vor dem russischen Großangriff.
- Unterstützung seit 2022: Der britische Rechnungshof (National Audit Office) dokumentierte, dass Großbritannien zwischen Januar 2022 und März 2025 rund 7,8 Milliarden Pfund militärische Unterstützung zugesagt hatte und mindestens 42.050 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte ausbildete. Der Bericht weist zugleich darauf hin, dass Teile der Unterstützung aus Gründen der nationalen

Sicherheit nicht öffentlich sind. NAO, Investigation into military support for Ukraine.

- Langfristige Bindung: Die britisch-ukrainische Partnerschaft von 2025 umfasst Verteidigung, Sicherheit, Technologie und Wirtschaft. Sie ist auf eine langfristige Zusammenarbeit angelegt.

Damit ist Großbritannien nicht bloß ein Staat, der gelegentlich Waffen liefert. Es ist ein wichtiger militärischer, finanzieller, diplomatischer und planerischer Unterstützer der Ukraine. Dass Teile der Kooperation geheim bleiben, ist bei militärischer und nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit nicht ungewöhnlich.

4.8 *„Koalition der Willigen"*: Was sie ist – und warum sie strategisch wichtig ist

Die heutige Coalition of the Willing entstand 2025 unter maßgeblicher Führung Großbritanniens und Frankreichs. Ihr erklärtes Ziel ist, die Ukraine zu unterstützen und Planungen für Sicherheitsgarantien beziehungsweise eine mögliche internationale Truppe nach einem Waffenstillstand oder Friedensschluss vorzubereiten.

Die britische Regierung erklärte im März 2025, dass in London mehr als 200 Militärplaner aus 30 Ländern zusammengekommen seien. Die Planungen umfassten Logistik, Führungsstrukturen sowie mögliche Beiträge zu Land-, Luft- und Seestreitkräften. Im Juli 2025 sprachen die beteiligten Regierungen von einer britisch-französisch geführten operativen Planungsstruktur und einer möglichen multinationalen Truppe, die nach Ende der Kampfhandlungen tätig werden könnte. Britische Regierung, 27. März 2025 und Gemeinsame Erklärung vom 10. Juli 2025.

Die Entwicklung ging 2026 weiter: Im Januar unterzeichneten Großbritannien, Frankreich und die Ukraine eine Absichtserklärung über die mögliche Entsendung multinationaler Kräfte im Fall eines Friedensschlusses. Die britische Unterhausbibliothek beschreibt die Planungen als europäisch geführt und von London und Paris maßgeblich vorangetrieben. House of Commons Library, 11. August 2026.

Nach dem Stand der britischen Regierungsmitteilung vom 13. Juli 2026 umfasst das Konzept eine multinationale Truppe, die auf ukrainische Einladung innerhalb des ukrainischen Staatsgebiets tätig werden soll. Genannt werden Aufgaben an Land, in der Luft und auf See, die Unterstützung bei der Wiederherstellung ukrainischer Streitkräfte sowie Übungen zur Vorbereitung der Einsatzfähigkeit. Erklärung der Ko-Vorsitzenden vom 13. Juli 2026.

Das ist sicherheitspolitisch erheblich. Eine solche Truppe wäre zwar nicht automatisch eine NATO-Truppe und ein Einsatz nach einem Waffenstillstand wäre nicht dasselbe wie eine direkte Kriegsbeteiligung während laufender Kampfhandlungen. Aus russischer Perspektive könnte eine dauerhaft stationierte westliche Truppe in der Ukraine jedoch als strategische Präsenz eines gegnerischen Bündnisses nahe der eigenen Grenze wahrgenommen werden. Die westlichen Staaten wiederum stellen sie als Abschreckung gegen einen erneuten russischen Angriff dar.

Die Eskalationsfrage liegt genau in dieser Doppelwirkung: Eine Maßnahme, die eine Seite als Sicherheitsgarantie versteht, kann die andere Seite als militärische Einkreisung oder als Veränderung des Kräfteverhältnisses auffassen.



Quelle: TV-Polska 2015 (Aufteilung der Ukraine)

4.9 Nicht mit der Irak-Koalition von 2003 verwechseln

Der Ausdruck „*Koalition der Willigen*" wurde bereits 2003 für die von den USA geführte Koalition zur Invasion des Irak verwendet, an der Großbritannien unter Tony Blair maßgeblich beteiligt war. Die britische Beteiligung am Irakkrieg und die damalige Begründung des Krieges wurden später durch den Chilcot-Bericht umfassend untersucht. Der Bericht kritisierte unter anderem die Entscheidungsprozesse, die unzureichende Prüfung friedlicher Alternativen und die mangelhafte Vorbereitung auf die Folgen des Krieges. The Iraq Inquiry, 2016.

Die Ukraine-Koalition von 2025/26 ist organisatorisch und rechtlich nicht dieselbe Koalition. Der gleiche Begriff ist dennoch politisch aufgeladen: Er erinnert daran, dass „Koalition der Willigen" kein neutraler Rechtsstatus ist, sondern eine politische Bezeichnung für Staaten, die außerhalb einer einheitlichen NATO- oder UN-Kommandostruktur gemeinsam handeln wollen.

Für die Analyse ist daher entscheidend, jeweils zu prüfen:

- Wer gehört dazu?
- Wer entscheidet über den Einsatz?
- Welche Rechtsgrundlage gilt?
- Welche Aufgaben und Einsatzregeln sind vorgesehen?
- Was geschieht, wenn die Truppe angegriffen wird?
- Welche Staaten wären bereit, militärisch zu reagieren?

Solange diese Fragen nicht vollständig und verbindlich beantwortet sind, lässt sich die künftige Eskalationswirkung der Koalition nicht abschließend beurteilen.

Zwischenfazit zu Großbritannien: Historisch sind britische Strategien zur Eindämmung und zeitweisen territorialen Schwächung Russlands dokumentiert. In der Gegenwart ist

Großbritannien ein zentraler Unterstützer der Ukraine und Mitarchitekt möglicher europäischer Sicherheitsgarantien. Das rechtfertigt eine eigenständige Untersuchung britischer Interessen und Einflussmöglichkeiten.

5. Wie entstand die heutige Konfrontation? Eine chronologische Einordnung

Die britische Geschichte erklärt einen Teil der langfristigen geopolitischen Konkurrenz. Die unmittelbare Vorgeschichte der heutigen Konfrontation liegt jedoch vor allem in den Entscheidungen seit 1990. Dabei müssen drei Dinge auseinandergehalten werden: die politische Zusicherung im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung, die spätere NATO-Erweiterung und die russische Sicherheitsinteressen und Bedrohungswahrnehmungen, aber auch die souveränen Sicherheitsinteressen seiner Nachbarstaaten. Die Geschichte lässt sich nicht auf eine einzige Ursache reduzieren.

5.1 1990–1997: Deutsche Wiedervereinigung und die NATO-Erweiterungsfrage

Im Februar 1990 sprach US-Außenminister James Baker mit dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow über die deutsche Wiedervereinigung. Baker verwendete dabei die Formulierung, die NATO-Zuständigkeit werde sich „keinen Zoll nach Osten" ausdehnen. Zeitgleich gab es ähnliche Überlegungen und Zusicherungen westlicher Politiker.

Die freigegebenen Gesprächsprotokolle zeigen, dass die Frage einer NATO-Ausdehnung damals tatsächlich angesprochen wurde und dass sowjetische Vertreter entsprechende Zusicherungen als politisch bedeutsam verstanden. Das National Security Archive der George Washington University hat mehrere dieser Dokumente veröffentlicht.

Allerdings ist die juristische Einordnung wichtig: Die Verhandlungen bezogen sich zunächst auf die Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung und die militärische Stellung des ehemaligen DDR-Gebiets. Es entstand kein allgemeiner, rechtsverbindlicher Vertrag, der jede spätere NATO-Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa untersagte.

1997 wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet. Sie enthielt zwei für die spätere Auseinandersetzung zentrale Prinzipien:

- Jeder Staat hat das Recht, seine Sicherheitsarrangements selbst zu wählen.
- NATO und Russland sollten auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt verzichten und die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten achten.

Die Grundakte räumte weder NATO noch Russland ein Vetorecht über die Entscheidungen der jeweils anderen Seite ein. Sie enthielt zugleich das Ziel, einen gemeinsamen europäischen Sicherheitsraum ohne neue Trennlinien oder Einflusssphären zu schaffen.

Das ungelöste Grundproblem: Russland wollte verhindern, dass sich ein von den USA geführtes Militärbündnis weiter an seine Grenzen ausdehnt. Die Staaten Mittel- und

Osteuropas wollten dagegen gerade wegen ihrer historischen Erfahrungen mit sowjetischer Vorherrschaft selbst über ihre Bündniszugehörigkeit entscheiden. Beide Interessen standen in Spannung zueinander.

5.2 1999–2008: NATO-Erweiterung, Kosovo und wachsende Entfremdung

1999 traten Polen, Ungarn und Tschechien der NATO bei. Im selben Jahr führte die NATO den Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die Intervention erfolgte ohne ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats. Ihre völkerrechtliche Rechtmäßigkeit ist bis heute umstritten und wird von zahlreichen Völkerrechtlern kritisch bewertet.

2003 folgte der Irakkrieg der USA und ihrer Verbündeten. Die Begründung mit angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen erwies sich als nicht tragfähig. Der Krieg wurde international vielfach als völkerrechtswidrig bewertet.

Diese Ereignisse verstärkten in Russland die Wahrnehmung, dass westliche Staaten bereit seien, militärische Gewalt auch ohne eindeutiges Mandat des UN-Sicherheitsrats einzusetzen. Diese Wahrnehmung ist ein wichtiger Teil der russischen Kritik an der westlichen Sicherheitsordnung.

2004 traten weitere Staaten Mittel- und Osteuropas der NATO bei, darunter die baltischen Staaten. Für diese Länder war die Mitgliedschaft eine selbstbestimmte Sicherheitsentscheidung. Für Russland bedeutete sie eine weitere Verschiebung der militärischen Bündnisgrenze nach Osten.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 erklärte die Allianz, die Ukraine und Georgien würden künftig Mitglieder werden. Ein konkreter Beitrittstermin wurde nicht genannt.

Aus russischer Sicht war diese Erklärung ein besonders schwerwiegender Schritt. Aus Sicht der NATO sollte sie die souveräne Entscheidung dieser Staaten unterstützen. Die Erklärung schuf jedoch eine strategische Erwartung, ohne die Frage zu lösen, wie die Sicherheit Europas und Russlands bei einer solchen Entwicklung gewährleistet werden sollte.

5.3 1999–2011: Kosovo, Irak und Libyen – Vertrauen und Völkerrecht

Mehrere westliche Militäreinsätze beeinflussten die russische Wahrnehmung westlicher Sicherheits- und Rechtsordnung:

- Kosovo 1999: Die NATO führte eine Luftkampagne gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ohne ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates. Die NATO begründete sie humanitär und mit der Verhinderung weiterer Gewalt. Die völkerrechtliche Rechtmäßigkeit blieb umstritten.
- Irak 2003: Die USA und Großbritannien führten die Invasion trotz fehlender neuer ausdrücklicher UN-Sicherheitsratsautorisierung durch. Die britische Untersuchung von 2016 dokumentierte erhebliche Mängel in der Entscheidungsfindung und in der Begründung des Krieges.

- Libyen 2011: Der UN-Sicherheitsrat autorisierte Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Russland und andere Staaten warfen den westlichen Staaten später vor, das Mandat faktisch zum Regimewechsel ausgeweitet zu haben.

Diese Fälle beweisen nicht, dass westliche Staaten grundsätzlich keine Sicherheitsinteressen anderer Staaten berücksichtigen. Sie erklären aber, warum russische Entscheidungsträger westliche Zusicherungen und die Auslegung westlicher Mandate zunehmend misstrauisch betrachteten.

5.4 2008: NATO-Beitrittsperspektive für Ukraine und Georgien

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 erklärte das Bündnis, die Ukraine und Georgien würden künftig Mitglieder werden. Ein konkreter Beitrittstermin wurde nicht festgelegt. Russland wertete diese Erklärung als strategische Verschiebung in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Für die Ukraine bedeutete die Erklärung zugleich keine sofortige Aufnahme in die NATO und keine automatische Beistandsgarantie nach Artikel 5. Sie setzte aber eine politische Perspektive, die in den folgenden Jahren ein wichtiger Streitpunkt blieb

5.5 2013–2014: Maidan, westliche Einflussnahme, Machtwechsel und Krim

Ende 2013 kam es in der Ukraine zu Massenprotesten, nachdem Präsident Wiktor Janukowytsch ein bereits vorbereitetes Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet hatte. Die Proteste entwickelten sich zu einer breiten Bewegung gegen die Regierung. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen und zahlreichen Toten floh Janukowytsch im Februar 2014 aus Kiew.

Die Rolle der USA ist dabei nicht einfach mit „keine Einmischung" oder „vollständig orchestrierter Umsturz" zu beschreiben.

Ein wichtiges Dokument ist das im Februar 2014 veröffentlichte Telefonat zwischen der US-Diplomatin Victoria Nuland und dem US-Botschafter Geoffrey Pyatt. Darin diskutierten beide die politische Zusammensetzung einer möglichen künftigen ukrainischen Regierung. Nuland äußerte sich außerdem abfällig über die Rolle der EU. Die Echtheit des Gesprächs wurde von US-Seite nicht bestritten.

Das Gespräch belegt eine erhebliche US-politische Einflussnahme und ein konkretes Interesse an der politischen Ausrichtung der Ukraine. Es belegt für sich allein aber nicht, dass die USA die Proteste organisiert oder den gesamten Machtwechsel operativ gesteuert hätten.

Auch die verfassungsrechtliche Frage des Machtwechsels ist umstritten. Am 22. Februar 2014 erklärte das ukrainische Parlament, Janukowytsch habe sich selbst seiner Amtsausübung entzogen, und setzte vorgezogene Präsidentschaftswahlen an. Die Entscheidung erfolgte nicht über das reguläre Amtsenthebungsverfahren nach der ukrainischen Verfassung.

Russland nutzte die Situation, um die Krim militärisch unter seine Kontrolle zu bringen

und anschließend zu annektieren. Die UN-Generalversammlung bekräftigte die territoriale Integrität der Ukraine und erkannte das Referendum auf der Krim nicht als Grundlage einer Statusänderung an.

Hier muss man klar unterscheiden: Die Kritik an westlicher Einflussnahme in der Ukraine ist nicht gleichbedeutend mit einer rechtlichen Rechtfertigung der russischen Annexion der Krim. Beides sind getrennt zu bewertende Vorgänge.

5.6 2014–2021: Donbass, Minsk und das Scheitern der Konfliktregelung

Nach dem Machtwechsel in Kiew kam es im Osten der Ukraine zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Regierungstruppen und separatistischen Kräften, die von Russland unterstützt wurden. Die Kämpfe forderten über Jahre zahlreiche Tote und Verletzte.

Die Minsk-Vereinbarungen von 2014 und 2015 sollten den Konflikt beenden. Das Maßnahmenpaket Minsk II vom 12. Februar 2015 sah unter anderem einen Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen, einen politischen Sonderstatus für bestimmte Gebiete sowie die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die Staatsgrenze vor – allerdings in einer umstrittenen Reihenfolge.
Die Vereinbarungen wurden nicht vollständig umgesetzt. Die Konfliktparteien stritten über die Reihenfolge der Umsetzung, über Sicherheitsbedingungen und über die politische Zukunft der separatistisch kontrollierten Gebiete.

Spätere Aussagen von Angela Merkel und François Hollande, die Vereinbarungen hätten der Ukraine Zeit zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit verschafft, wurden in Russland als Beleg für eine westliche Täuschungsstrategie interpretiert. Diese Aussagen sind politisch relevant und bekräftigen, dass Minsk von Anfang an ausschließlich als Täuschungsmanöver gedacht war.

5.7 Dezember 2021: Russlands Sicherheitsforderungen

Im Dezember 2021 veröffentlichte Russland zwei Vertragsentwürfe: einen mit den USA und einen mit den NATO-Staaten. Darin forderte Moskau unter anderem:

- keine weitere NATO-Erweiterung, insbesondere keine Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken,
- keine militärische Zusammenarbeit der USA mit diesen Staaten in einer Weise, die Russland als Bedrohung betrachtete,
- Einschränkungen für Truppen- und Waffensystemstationierungen,
- Begrenzungen bestimmter militärischer Aktivitäten in Europa.

Die Entwürfe enthielten auch Vorschläge zur Verringerung militärischer Risiken und zur Vermeidung gefährlicher Zwischenfälle.

Die Forderungen waren weitreichend. Insbesondere hätte eine verbindliche Zusage, die NATO nicht weiter zu erweitern, den Staaten der Region faktisch einen Teil ihrer außenpolitischen Entscheidungsfreiheit genommen. Die USA und NATO lehnten solche

Einschränkungen ab, boten aber Gespräche über Rüstungskontrolle, Transparenz und militärische Risikominderung an.

Der Konflikt um die Sicherheitsordnung war damit offen sichtbar. Eine Einigung kam nicht zustande.

5.8 Februar 2022: Russlands Großangriff auf die Ukraine

Am 24. Februar 2022 begann Russland den großangelegten Angriff auf die Ukraine. Damit überschritt Moskau die Grenze von politischem Druck und militärischer Drohkulisse zu einem umfassenden Krieg gegen einen souveränen Nachbarstaat.

Die UN-Generalversammlung verabschiedete am 2. März 2022 die Resolution ES-11/1. Sie bezeichnete das Vorgehen als Aggression gegen die Ukraine und forderte den Rückzug russischer Truppen. 141 Staaten stimmten dafür, fünf dagegen und 35 enthielten sich.

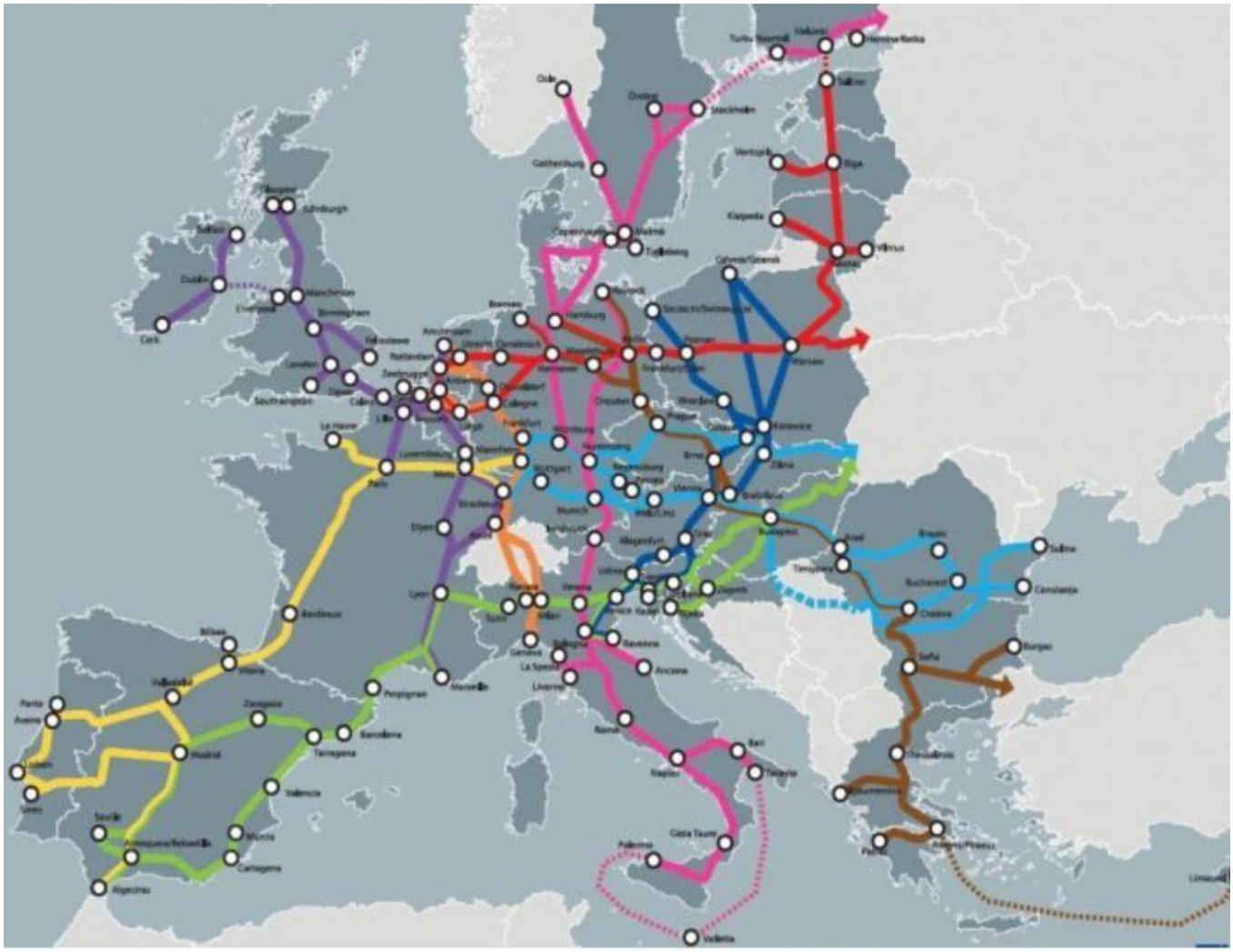
Das ist ein zentraler rechtlicher und historischer Befund: Russland trägt die Verantwortung für die Entscheidung, den Großangriff zu beginnen. Die vorausgehende NATO-Erweiterungspolitik, westliche Einflussnahme und die gescheiterten Sicherheitsverhandlungen sind wichtige Faktoren für die Vorgeschichte und die Eskalationsdynamik. Sie heben diese Verantwortung aber nicht auf.

5.9 2022–2026: Vom Ukrainekrieg zur umfassenden europäischen Aufrüstung

Nach dem russischen Angriff veränderte sich die europäische Sicherheitsordnung grundlegend:

- NATO-Staaten verstärkten ihre militärische Präsenz an der Ostflanke.
- Die EU begann, ihre Verteidigungsindustrie und Beschaffung stärker zu koordinieren.
- Deutschland richtete die Bundeswehr wieder stärker auf Landes- und Bündnisverteidigung aus.
- Russland baute seine Kriegswirtschaft und Rüstungsproduktion aus.
- Die politische und militärische Konfrontation zwischen Russland und dem Westen wurde zum langfristigen Strukturproblem.

Damit entstand eine neue Lage: Beide Seiten planen inzwischen nicht mehr nur für begrenzte Zwischenfälle, sondern für die Möglichkeit eines größeren militärischen Konflikts. Die Ukraine-Unterstützung ist nicht mehr nur eine Ansammlung nationaler Waffenlieferungen, sie ist bereits organisatorisch und logistisch in eine dauerhafte NATO-Struktur eingebettet und bildet inzwischen eine langfristige europäische Sicherheits- und Rüstungsaufgabe. Aktueller Umfang der Unterstützung aus dem Kiel-Datenstand 31.08.2026 beträgt 573,3 Mrd. €. Die Summe beruht auf den bis Ende August 2026 erfassten Zusagen, Deutschland trägt bislang an 3. Stelle ca. 54,3 Mrd. € für militärische Unterstützung bei, und hat weitere 1 Mrd. € für militärische Unterstützung, darunter Abstandswaffen, Kampfdrohnen und Satellitentechnik zugesagt.



Quelle: https://www.wgi.world/european-military-mobility-a-strategic-imperative-still-waiting-for-reality-to-catch-up

6. Die gegenseitige Kriegsvorbereitung: Was planen NATO, EU, USA und Russland?

6.1 NATO: Verstärkung der Ostflanke und Vorbereitung auf schnelle Verstärkung

Die NATO unterhält nach eigenen Angaben neun multinationale Kampfverbände an ihrer Ostflanke. Sie befinden sich in Bulgarien, Estland, Finnland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und der Slowakei. Die Verbände sind auf dem Gebiet von NATO-Mitgliedstaaten stationiert.

Die NATO beschreibt diese Maßnahmen als defensiv. Sie sollen einen Angriff abschrecken und im Ernstfall eine schnelle Verstärkung ermöglichen.

Zu den Maßnahmen gehören:

- dauerhaft oder rotierend stationierte Truppen,
- vorpositioniertes Gerät und Material,
- verbesserte Führungs- und Kommunikationsstrukturen,
- stärkere Luft- und Raketenabwehr,
- umfangreichere Übungen zur Bündnisverteidigung.

Aus russischer Perspektive sind diese Entwicklungen jedoch eine erhebliche militärische Veränderung in unmittelbarer Nähe russischer Grenzen. Dass die NATO ihre Maßnahmen als defensiv bezeichnet, beantwortet nicht automatisch die Frage, wie Russland deren militärische Wirkung bewertet.

6.2 EU: Readiness 2030 und die Finanzierung der Aufrüstung

Die EU-Kommission hat mit dem Programm ReArm Europe / Readiness 2030 einen Rahmen geschaffen, mit dem bis zu 800 Milliarden Euro an zusätzlichen Verteidigungsausgaben mobilisiert werden sollen.

Davon entfallen:

- rund 650 Milliarden Euro auf möglichen zusätzlichen nationalen haushaltspolitischen Spielraum,
- 150 Milliarden Euro auf das Kreditinstrument SAFE.

Die Mittel sollen unter anderem in Raketenabwehr, Drohnen, Cybersicherheit und weitere militärische Fähigkeiten fließen.
Das ist eine erhebliche Veränderung der europäischen Finanz- und Sicherheitspolitik. Sie zeigt, dass die EU ihre militärische Handlungsfähigkeit bis 2030 deutlich ausbauen will.

6.3 Polen: Aufrüstung und physische Grenzbefestigung

Polen gehört zu den Staaten, die besonders umfangreich in Verteidigung investieren. Im polnischen Haushalt für 2026 sind 200,1 Milliarden Złoty für die Landesverteidigung vorgesehen, nach Regierungsangaben 4,81 Prozent des prognostizierten Bruttoinlandsprodukts.
Aktuell gibt einen realen Machtkampf um die politische und institutionelle Ausrichtung Polens. Die massive militärische Expansion löst innenpolitische Spaltung aus, diese verläuft nicht ausschließlich entlang der Frage, ob Polen sich gegen Russland verteidigen soll.

Mit dem Programm Eastern Shield baut Polen seit 2024 Befestigungsanlagen an seinen östlichen und nördlichen Grenzen. Die Fertigstellung ist für 2028 vorgesehen.

Seit Juni 2026 unterstützen vor Ort auch deutsche Pionierkräfte der Bundeswehr das Vorhaben und den Aufbau von Abwehrmaßnahmen. Die Maßnahmen betreffen unter anderem den strategisch wichtigen Suwalki-Korridor zwischen Polen und Litauen. Nach Angaben des polnischen Verteidigungsministeriums verfügte Polen zuletzt über rund 221.000 Soldaten. Damit ist es nach Personalstärke die größte Armee innerhalb der EU, und einen Teil des militärischen Aufstiegs des Mitgliedstaates wird aus europäischen Programm SAFE mitl 43,734 Milliarden Euro durch die EU finanziert, nutzt somit europäische Finanzierungsinstrumente, um seine eigene industrielle Basis auszubauen. Polen wird damit nicht einfach zu einem Abnehmer deutscher oder französischer Rüstungsgüter. Polen stellt gleichzeitig und entwickelt einen eigenständigen machtpolitischen Anspruch, reduziert seine relative Abhängigkeit von Fremdwährungsreserven, und erweitert seine nationalen Goldreserven von 550 Tonnen auf 700 Tonnen Gold (zum Vergleich: Die EZB selbst hält rund 506,5 Tonnen Gold).

Das ist keine abstrakte politische Absichtserklärung, sondern eine konkrete militärische Baumaßnahme. Polen bereitet u.a. sein Grenzgebiet auf einen möglichen konventionellen Angriff vor.
Die offizielle Begründung verweist auf Russland und Belarus.
Gleichzeitig haben die USA ein strategisches Interesse daran, dass Deutschland und Russland keine eigenständige, eng miteinander kooperierende kontinentale Machtachse bilden. Polen könnte dabei eine Schlüsselrolle als geografischer, militärischer und politischer Trennraum übernehmen. Eine langfristige wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit dieser beiden Länder könnte erhebliche Synergien erzeugen. Deutschland könnte industrielle Technologie und Investitionskapital einbringen, Russland Energie, Rohstoffe und einen großen Absatz- und Produktionsraum.
Daraus könnte eine kontinentale Wirtschaftsmacht entstehen, deren Interessen nicht zwangsläufig mit denen Washingtons übereinstimmen. Ein konkretes und inzwischen gut dokumentiertes Beispiel für den Interessenkonflikt ist der im Sept. 2022 durchgeführte Sabotageakt an der Nord Stream 2. Die USA haben sich nicht nur theoretisch gegen eine engere deutsch-russische Energieverbindung positioniert, sondern konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen dagegen eingesetzt.

6.4 Russland: Militärische Reorganisation und die Wahrnehmung einer NATO-Bedrohung

Russland stellt seine militärische Entwicklung öffentlich als Reaktion auf die westliche Aufrüstung und die Ausweitung der NATO dar.

In seiner Außenpolitischen Konzeption von 2023 bezeichnet Russland die NATO-Erweiterung und die militärische Infrastruktur des Bündnisses als zentrale Sicherheitsprobleme.
https://www.russiaun.ru

Auch die russische Führung hat diese Sichtweise wiederholt öffentlich vertreten. In einer UN-Pressekonferenz am 26. September 2026 erklärte Außenminister Sergej Lawrow, Russland habe keine Absicht, einen Krieg mit Europa zu führen. Zugleich warf er europäischen Staaten vor, sich auf einen Krieg mit Russland bis 2030 vorzubereiten und dadurch eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu schaffen.

Am 29. Oktober 2026 erklärte Präsident Wladimir Putin, Russland wolle keinen Krieg mit Europa, sei aber vorbereitet, falls es dazu komme. Er warnte vor einer Eskalation, bei der es keine Gewinner geben werde.
Diese Aussagen sind wichtige Belege für die russische offizielle Darstellung. Sie sind aber politische Erklärungen und kein unabhängiger Nachweis tatsächlicher militärischer Absichten.
Auf der militärischen Seite verweist der litauische Nachrichtendienst in seiner Bedrohungsanalyse 2026 auf den Ausbau russischer Fähigkeiten nahe der NATO-Ostgrenze, militärische Reformen, elektronische Kampfführung in Kaliningrad und eine geplante Erweiterung der Rüstungsindustrie. Das ist eine Einschätzung eines NATO-Mitgliedstaates und muss als solche eingeordnet werden.

6.5 Zapad: Militärübung, Kriegsplanung oder Vorbereitung eines Angriffs?

„*Zapad*" bedeutet auf Russisch „*Überfall*". Es handelt sich um eine russisch-belarussische Militärübung, die in größeren Abständen stattfindet.

Die Übung von 2025 ist besonders relevant, weil sie die strategische Zusammenarbeit Russlands und Belarus' demonstrierte. Die offiziellen russischen und belarussischen Angaben beschrieben defensive Szenarien, darunter das Abwehren von Luftangriffen und den Kampf gegen gegnerische Sabotage- und Aufklärungseinheiten. Der US-Kongressdienst CRS berichtete von einem gegenüber früherem Manöver reduzierten Truppenstärke und einer Verlegung des Übungsgebiets innerhalb Belarus'.

Die deutsche DGAP bewertete Zapad-2025 dagegen als Teil einer umfassenderen russischen Vorbereitung auf einen möglichen Konflikt mit dem Westen. Sie verwies darauf, dass Russland bei Zapad-2021 schwere Waffen und Logistik nach Belarus verlegt hatte, die später beim Angriff auf die Ukraine eingesetzt wurden. Die DGAP betonte allerdings auch, dass 2025 keine akute Gefahr bestand, dass das Manöver unmittelbar als Sprungbrett für einen Angriff auf NATO-Gebiet genutzt würde.

Das polnische Forschungsinstitut OSW kam ebenfalls zu einer differenzierten Bewertung:
Zapad-2025 sei kleiner als frühere Manöver gewesen, könne aber militärische Operationen vorbereiten; wahrscheinlicher sei zunächst die Verstärkung bereits bestehender Frontabschnitte als ein neuer Angriff aus Belarus.
„OSW Centre for Eastern Studies"

Was folgt daraus?

- Ein Manöver ist nicht automatisch ein Überfall.
- Militärübungen können aber reale Truppenbewegungen, Logistik und die Vorbereitung späterer Operationen ermöglichen.
- Die Nutzung von Belarus als Aufmarsch- und Unterstützungsraum im Februar 2022 macht die Frage nach dem tatsächlichen Charakter solcher Manöver besonders relevant.
- Eine eindeutige Aussage über einen geplanten Angriff auf NATO-Staaten lässt sich aus dem Namen oder der bloßen Durchführung von Zapad nicht ableiten.

Die korrekte Frage lautet daher, welche operativen Fähigkeiten und Szenarien Russland mit diesen Übungen trainiert.

6.6 Die Gegenseitigkeit des Sicherheitsdilemmas

Die Entwicklung lässt sich als Sicherheitsdilemma beschreiben:

Schritt 1: Bedrohungswahrnehmung

NATO-Staaten sehen russische Militärmacht und den Krieg gegen die Ukraine als Gefahr.

Schritt 2: Westliche Aufrüstung

Mehr Truppen, Befestigungen, Waffenproduktion, Übungen und militärische Logistik.

Schritt 3: Russische Bedrohungswahrnehmung

Moskau interpretiert diese Maßnahmen als Einkreisung oder Vorbereitung eines möglichen Angriffs.

Schritt 4: Russische Gegenmaßnahmen

Mehr Rüstung, militärische Reorganisation, Übungen und Drohkommunikation.

Schritt 5: Verstärkte westliche Bedrohungswahrnehmung

Die russischen Gegenmaßnahmen bestätigen aus westlicher Sicht die Notwendigkeit weiterer Aufrüstung.

Ein entscheidender Punkt: Russland kann sich tatsächlich durch NATO-Aufrüstung bedroht fühlen, ohne dass daraus folgt, dass die NATO einen Angriff plant. Umgekehrt können NATO-Staaten russische Maßnahmen als Bedrohung wahrnehmen, auch wenn Moskau sie als defensive Reaktion darstellt.

Das Sicherheitsdilemma erklärt, wie sich die Eskalation verstärken kann. Es ersetzt aber nicht die Prüfung konkreter Entscheidungen und Verantwortlichkeiten.

7. Deutschland als Drehscheibe: OPLAN DEU, Ramstein und zivile Infrastruktur

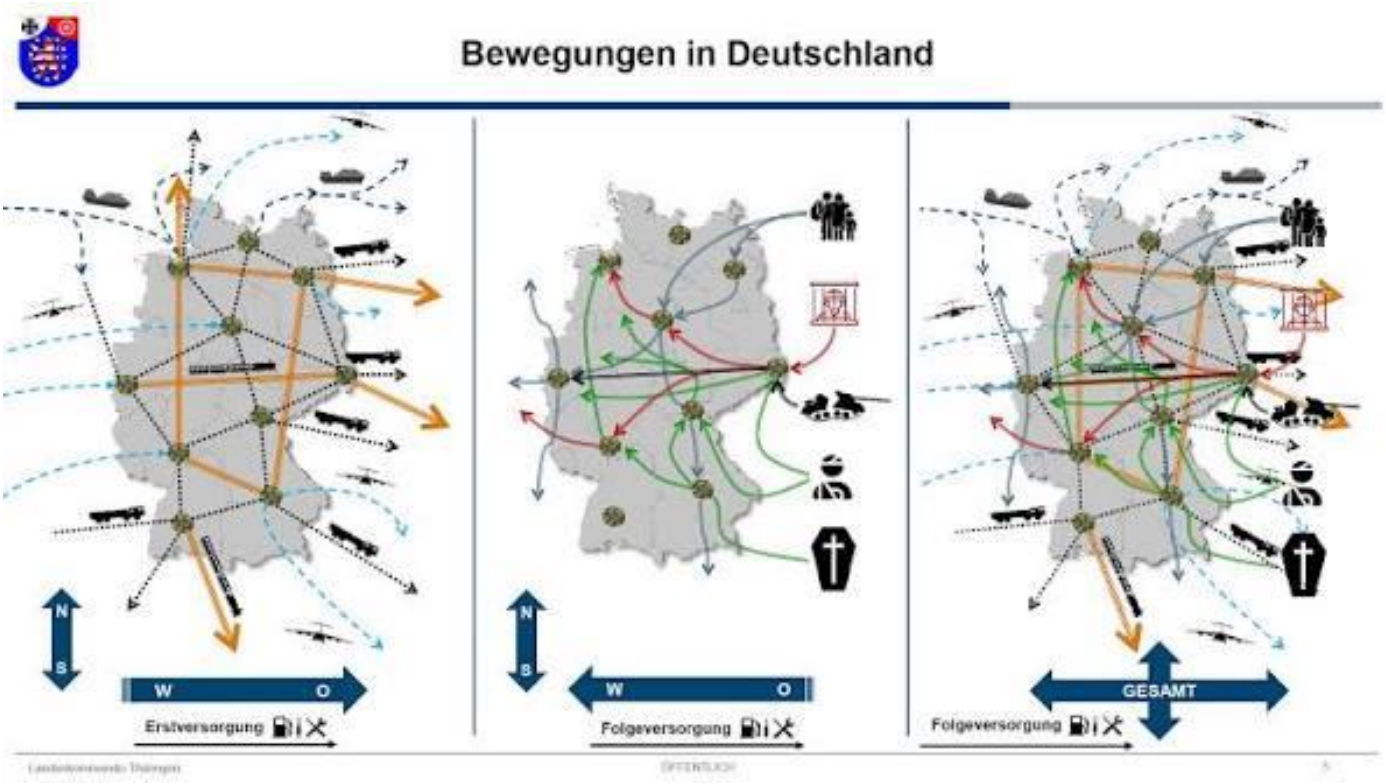
7.1 OPLAN DEU – der Operationsplan Deutschland

Der Operationsplan Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Landes- und Bündnisverteidigung. Die Bundeswehr beschreibt ihn als Plan, der militärische Verteidigungsaufgaben mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen zusammenführt.

Der Plan ist geheim eingestuft und umfasst nach Angaben der Bundeswehr rund 1.400 Seiten. Die erste Fassung lag Anfang 2024 vor; das Dokument wird fortlaufend weiterentwickelt. Ein besonders wichtiger Punkt ist Deutschlands geografische Lage: Im Bündnisfall wäre Deutschland nicht nur ein möglicher Verteidigungsraum, sondern vor allem ein zentraler Transit- und Versorgungsraum für NATO-Truppen.
Die Bundeswehr nennt dafür eine Größenordnung von bis zu 800.000 alliierten Soldaten und 200.000 Fahrzeugen, die innerhalb von sechs Monaten durch Deutschland verlegt und versorgt werden müssten. Dazu gehören:

- Transport über Straßen, Schienen, Flughäfen und Seehäfen,
- Unterbringung und Verpflegung,
- Treibstoffversorgung und Instandhaltung,
- medizinische Versorgung,
- Schutz und Sicherung von Infrastruktur und Truppenbewegungen.

Die Bundeswehr betont, dass dafür auch zivile Unternehmen und staatliche Stellen benötigt werden, die Bundeswehr hat bereits konkrete Verträge und Vereinbarungen mit zentralen Infrastruktur- und Logistikpartnern wie der Deutschen Bahn und der Autobahn GmbH des Bundes sowie Großspeditionen und Transportwirtschaf geschlossen. Auch im Bereich der Großindustrie und Rüstung bestehen bereits feste Verträge, die Lebensmittelindustrie befindet sich aktuell in der Umstellungsphase. Da für den OPLAN DEU zehntausende NATO-Soldaten auf dem Durchmarsch ernährt werden müssen, startet die zivile Wehrverwaltung reguläre Ausschreibungsprozesse.



Was bedeutet das für die Bevölkerung?

Zivile Infrastruktur wird im Krisen- oder Verteidigungsfall nicht ausschließlich für die Versorgung der Bevölkerung benötigt. Sie kann auch für militärische Transporte, Unterbringung, Versorgung und medizinische Unterstützung gebraucht werden.

Das bedeutet nicht automatisch, dass zivile Einrichtungen militärisch übernommen werden oder die Bevölkerung grundsätzlich zurückstehen muss. Es bedeutet aber, dass es im Krisenfall zu konkurrierenden Anforderungen kommen kann: Ein Krankenhaus, ein Güterbahnhof, eine Straße oder ein Treibstofflager kann gleichzeitig für zivile und militärische Zwecke wichtig sein.

7.2 NATO-Resilienzanforderungen von September 2026

Die neuen NATO-Resilienzanforderungen vom 15. September 2026 machen diese Verbindung besonders deutlich.

Die NATO verlangt von ihren Mitgliedstaaten:

- abgestimmte staatliche und zivile Krisenplanung,
- eine belastbare Energieversorgung,

- sichere Lebensmittel- und Wasserversorgung,
- medizinische Kapazitäten für Massenanfall von Verletzten,
- widerstandsfähige Kommunikationssysteme,
- belastbare Verkehrs- und Transportinfrastruktur,
- Unterstützung militärischer Operationen durch zivile Ressourcen.

Die NATO formuliert ausdrücklich, dass zivile Leistungen die Durchführung ihrer militärischen Pläne unterstützen sollen. Dazu gehört auch die Versorgung nachrückender Truppen in einem umkämpften Umfeld.

Das ist ein zentraler Befund für die ursprüngliche Frage nach den unterschiedlichen Vorsorgezeiträumen: Die zivile Krisenvorsorge in Europa wird zunehmend mit der militärischen Verteidigungsplanung verbunden.
Das ist nicht automatisch ein Beleg für einen bevorstehenden Krieg. Es zeigt aber, dass NATO-Staaten ihre Gesellschaften und Infrastrukturen auf einen möglichen Krisen- und Konfliktfall ausrichten.

7.3 Ramstein und das US-Militärkrankenhaus Weilerbach

In Weilerbach bei Ramstein entsteht das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der Vereinigten Staaten.

Die Bundesregierung nennt folgende Größenordnungen:

- 47 Hektar Baugelände,
- mehr als 190.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche,
- 4.680 Räume,
- 120 Behandlungszimmer,
- neun Operationssäle,
- rund 2.500 Beschäftigte.

Die Zahl der regulären Betten liegt nach Angaben der Bundesregierung bei 68, mit bis zu 25 zusätzlichen Betten. In einer Antwort vom Oktober 2026 erklärte die Bundesregierung, dass die scheinbar ungewöhnlich große Fläche auch auf unterschiedliche US-amerikanische und deutsche Flächenberechnungsmethoden zurückzuführen sei; das ursprüngliche Raumprogramm sei nicht verändert worden.

Die Größe des Projekts ist zweifellos bemerkenswert. Sie lässt sich aber nicht allein als Beleg für einen geplanten Krieg interpretieren. Das Krankenhaus ersetzt bestehende US-Militärmedizin in der Region und soll die medizinische Versorgung der US-Streitkräfte in Europa bündeln.

Gleichzeitig ist eine solche Einrichtung für die militärische Handlungsfähigkeit der USA in Europa von erheblicher Bedeutung. Sie ist Teil einer Infrastruktur, die auch bei größeren militärischen Operationen medizinische Versorgung gewährleisten kann.



7.4 Polen: Eastern Shield und militärische Mobilisierung



Polen hat seine Verteidigungsausgaben stark erhöht und baut seine Streitkräfte aus. Das Programm Eastern Shield umfasst Befestigungen, Hindernisse, Überwachung und weitere Schutzmaßnahmen an der Grenze zu Belarus und Russland.

Deutschland beteiligt sich seit 2026 mit Pionierkräften an Unterstützungsmaßnahmen. Dazu gehören unter anderem Arbeiten an Hindernissen und Verteidigungsanlagen. Polen begründet das Programm mit der Bedrohung durch Russland und Belarus sowie der Notwendigkeit, die östliche NATO-Flanke zu schützen.

Auch hier gilt: Befestigungen und Aufrüstung sind konkrete militärische Maßnahmen. Sie beweisen keinen offensiven Angriffsplan gegen Russland. Ihre strategische Wirkung hängt davon ab, wie sie in größere NATO-Planungen eingebunden werden und wie Russland sie interpretiert.

7.5 Frankreich und die Niederlande

Frankreich nimmt eine besondere Rolle ein, weil es über eigene Nuklearstreitkräfte verfügt und zugleich eine europäische Sicherheitsarchitektur mitgestalten will. Paris unterstützt die Ukraine, beteiligt sich an der Koalition der Willigen und drängt auf größere europäische Verteidigungsfähigkeit.

Die Niederlande wiederum sind in NATO-Verstärkung, Luftverteidigung, Logistik und Unterstützung der Ukraine eingebunden. Die niederländische Rolle ist eng mit der NATO-Planung und der Sicherung von Nordsee-, Hafen- und Transportinfrastruktur verbunden.

Die europäischen Staaten handeln dabei nicht völlig einheitlich. Es gibt Unterschiede bei der Frage, ob eine internationale Truppe in der Ukraine stationiert werden soll, wie weit Sicherheitsgarantien reichen sollen und wie stark die USA eingebunden sein müssen.

8. Die kritischen Gegenpositionen: Jeffrey Sachs, Daniele Ganser und russische Stimmen

Argumente und historische Auswertung, die die westliche Sicherheits- und Außenpolitik kritisch bewerten.

8.1 Jeffrey Sachs: Die NATO-Erweiterung als strategischer Fehler

Jeffrey Sachs argumentiert seit Jahren, dass die westliche Politik nach dem Ende des Kalten Krieges eine Chance auf eine gemeinsame europäische Sicherheitsordnung nicht genutzt habe.

Seine zentralen Argumente:

- Die NATO-Erweiterung habe die russische Führung zunehmend verunsichert.
- Die USA hätten russische Sicherheitsinteressen zu wenig berücksichtigt.
- Die militärische Infrastruktur der NATO nahe russischer Grenzen habe die Spannungen verstärkt.
- Die westliche Politik habe zu wenig auf eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung gesetzt, in der Russland eingebunden gewesen wäre.

Die historischen Dokumente über die Gespräche von 1990 und die NATO-Erweiterung zeigen, dass es tatsächlich westliche Zusicherungen und später einen politischen Kurswechsel gab.

Sachs geht in seinen Bewertungen wie bereits früher analysiert wesentlich weiter in seiner Analyse:

Die amerikanische und britische Russlandpolitik dient nicht primär der Verteidigung europäischer Sicherheit, sondern sie verfolgt zugleich ein übergeordnetes machtpolitisches Interesse, Russland dauerhaft daran zu hindern, gemeinsam mit Deutschland, China oder anderen eurasischen Staaten ein eigenständiges strategisches Machtzentrum zu bilden.

8.2 Daniele Ganser: Interventionen und verdeckte Einflussnahme

Daniele Ganser untersucht in seinen Arbeiten die Rolle westlicher Geheimdienste und militärischer Interventionen. Historisch gut dokumentierte Beispiele westlicher Einflussnahme sind unter anderem:

Iran 1953: CIA und britischer Geheimdienst MI6 waren an der Operation Ajax beteiligt, die zum Sturz des demokratisch gewählten Premierministers Mohammad Mossadegh führte. Hintergrund waren unter anderem der Konflikt um die Verstaatlichung der iranischen Ölindustrie und westliche strategische Interessen.

Guatemala 1954: Die CIA organisierte und unterstützte die Operation PBSUCCESS, die zum Sturz von Präsident Jacobo Árbenz führte.

Chile 1970–1973: Die USA betrieben eine dokumentierte Politik zur Destabilisierung der Regierung Salvador Allendes. Die CIA unterstützte oppositionelle Kräfte und wirtschaftliche Einflussnahme mit direkten operativen Durchführung des Militärputsches am 11. September 1973.

Afghanistan 1979–1989: Die USA unterstützten über den pakistanischen Geheimdienst ISI verschiedene afghanische Widerstandsgruppen gegen die sowjetische Intervention. Das ist ein Beispiel für indirekte Kriegsführung und strategische Einflussnahme.

Kosovo 1999: Die NATO führte ohne ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrates eine militärische Luftoperation gegen die Bundesrepublik Jugoslawien durch.

Irak 2003: Die USA und Großbritannien führten eine militärische Invasion durch, die mit der angeblichen Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen begründet wurde. Diese Bestände wurden nach dem Krieg nicht gefunden. Die Begründung der Intervention erwies sich damit in einem zentralen Punkt als falsch.

Diese Fälle zeigen, dass westliche Staaten wiederholt politische und militärische Ziele auch außerhalb der eigenen Staatsgrenzen verfolgt haben.

Bei der **Ukraine 2014** belegt die Nuland-Pyatt-Aufzeichnung politische und verdeckte Einflussnahme, und ein Interesse der USA an der Zusammensetzung einer künftigen Regierung. Sie belegt abschließend, dass Washington den gesamten Machtwechsel organisiert und gesteuert hat.

Dieser Fall verdient eine eigene Betrachtung, weil er unmittelbar mit der vorherigen Untersuchung zu Brzezinski und der amerikanischen Eurasienstrategie zusammenhängt.

Am 4. Februar 2014 wurde ein Telefonat zwischen Victoria Nuland, damals stellvertretende US-Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, und dem amerikanischen Botschafter Geoffrey Pyatt öffentlich.

Die Authentizität der Aufnahme wurde von der US-Regierung nicht bestritten. Nuland entschuldigte sich für ihre Äußerung über die EU.

Was ist in dem Gespräch konkret zu erkennen?

- Nuland und Pyatt diskutieren die Zusammensetzung einer möglichen künftigen ukrainischen Regierung.
- Nuland äußert eine klare Präferenz für Arsenij Jazenjuk als Regierungschef.
- Sie spricht darüber, welche politische Rolle Vitali Klitschko übernehmen sollte.
- Die amerikanischen Diplomaten beraten, wie sie auf die ukrainischen Oppositionspolitiker einwirken können.
- Sie diskutieren die Einbindung der Vereinten Nationen in eine mögliche politische Vereinbarung.
- Eine Beteiligung von US-Vizepräsident Joe Biden an den diplomatischen Bemühungen wird angesprochen.

Die Aufzeichnung ist damit ein ungewöhnlich direkter Einblick in die amerikanische Einflussnahme auf die ukrainische Oppositionspolitik.

Die BBC und die *Washington Post* haben das Gespräch ausgewertet.

Was beweist diese Aufzeichnung? Sie belegt:

- Die USA waren wesentlich stärker in die politischen Vorgänge eingebunden, als es eine rein neutrale Vermittlerrolle vermuten ließe.
- Washington hatte konkrete Vorstellungen darüber, welche Oppositionspolitiker in einer künftigen Regierung Verantwortung übernehmen sollten.
- Die amerikanische Diplomatie versuchte, die politische Entwicklung aktiv zu beeinflussen.
- Die Interessen der USA und der EU waren nicht deckungsgleich.

Politische Einflussnahme und die vollständige Steuerung eines Staatsumsturzes ist historisch nachgewiesen.

Ganser wirft damit wichtige Fragen nach den tatsächlichen Motiven westlicher Außenpolitik, der Rolle von Geheimdiensten und den doppelten Standards in der internationalen Politik auf.

Hierbei ist eine Frage entscheidend:
In welchem Umfang werden demokratische, humanitäre und sicherheitspolitische Begründungen mit strategischen Machtinteressen verbunden?

Die historischen Beispiele zeigen, dass westliche Staaten wiederholt bereit waren, politische Ordnungen anderer Länder zu beeinflussen oder militärisch zu verändern, wenn sie darin eigene strategische Interessen und Vorteile sahen.

Das bedeutet nicht, dass jede westliche Intervention nach demselben Muster abläuft oder dass hinter jeder politischen Krise eine koordinierte Geheimdienstoperation steht, es bedeutet aber, dass die offizielle Begründung außenpolitischer Entscheidungen nicht mit einer vollständigen Erklärung ihrer geopolitischen Motive gleichgesetzt werden darf.

8.3 Russische Stimmen: Lawrow und Netschajew

Russische Regierungsvertreter erklären wiederholt, Russland habe kein Interesse an einem Krieg mit NATO-Staaten.

Lawrow sagte am 26. September 2026 bei den Vereinten Nationen, Russland beabsichtige keinen Krieg mit Europa. Gleichzeitig stellte er die europäischen Aufrüstungspläne als Gefahr dar, die einen Konflikt erst hervorrufen könnten.

Putin erklärte am 29. Oktober 2026, Russland wolle keinen Krieg mit Europa, sei aber auf einen solchen vorbereitet.

Solche Aussagen sind relevant, aber nicht ausreichend, um tatsächliche Absichten zu beweisen (siehe Zusicherung „Wiedervereinigung DE“ 1989). Staaten können öffentlich Friedensbereitschaft erklären und gleichzeitig militärische Optionen vorbereiten.

Umgekehrt gilt dasselbe für westliche Aussagen, wonach die eigene Aufrüstung ausschließlich der Verteidigung diene. Auch diese Aussagen müssen an den konkreten militärischen Fähigkeiten und Planungen gemessen werden.

8.4 Der entscheidende Vergleich

Die westliche Kritik an Russland konzentriert sich auf den Angriff auf die Ukraine, militärische Drohungen, Rüstungsproduktion und mögliche künftige Angriffsoptionen.

Die russische Kritik konzentriert sich auf NATO-Erweiterung, westliche Militärpräsenz, Waffenlieferungen an die Ukraine, Sanktionen und die politische Unterstützung eines strategischen Gegners.

Beide Seiten stellen ihre eigenen Maßnahmen als Reaktion auf die andere Seite dar.

Das Problem besteht darin, dass die Sicherheitsinteressen kleinerer Staaten – insbesondere der Ukraine, Polens und der baltischen Staaten – nicht einfach den Großmachtinteressen Russlands oder der USA untergeordnet werden können. Eine europäische Sicherheitsordnung muss sowohl die Sicherheit Russlands als auch die Souveränität seiner Nachbarstaaten berücksichtigen.

9. Russland und die systematische Zerstörung ukrainischer Energie- und Versorgungsstrukturen

Der russische Großangriff vom 3. November 2026 verdeutlicht, wie verwundbar moderne Industriestaaten gegenüber einer systematischen Kampagne gegen ihre Energieversorgung sind.

Nach ukrainischen Angaben wurden innerhalb einer Angriffswelle 289 Drohnen, 17 ballistische Raketen und 59 Marschflugkörper eingesetzt. Die Angriffe erstreckten sich über mehrere Regionen und richteten sich gegen Kraftwerke, Umspannwerke und weitere Infrastruktur. Drei Wärmekraftwerke des privaten Energieversorgers DTEK stellten nach direkten Treffern ihre Stromproduktion ein.

Die russische Seite erklärte, sie habe Anlagen angegriffen, die der Versorgung ukrainischer Rüstungsbetriebe und Streitkräfte dienten. Diese Begründung ist aus militärischer Sicht insofern bedeutsam, als die Energieversorgung nicht nur der zivilen Bevölkerung dient, sondern zugleich eine Grundvoraussetzung für die industrielle und militärische Durchhaltefähigkeit eines Landes darstellt.

Wird die Energieversorgung großflächig gestört, entstehen deshalb Auswirkungen weit über die unmittelbar getroffenen Anlagen hinaus.

Die eigentliche strategische Wirkung liegt in der Verkettung der Ausfälle:

- Kraftwerke produzieren weniger oder keinen Strom.
- Umspannwerke und Hochspannungsleitungen begrenzen die Möglichkeit, verbleibende Energie umzuleiten.
- Industriebetriebe müssen ihre Produktion einschränken oder unterbrechen.
- Krankenhäuser, Wasserwerke und kommunale Einrichtungen müssen auf Notstromversorgung zurückgreifen.
- Kühlketten, Lebensmittelversorgung und Telekommunikation geraten unter Druck.
- Reparaturteams benötigen selbst Energie, Ersatzteile, Treibstoff und sichere Transportwege.

Besonders kritisch ist dabei die Wiederholung solcher Angriffe. Ein einzelner Treffer kann repariert werden. Werden jedoch innerhalb kurzer Zeit mehrere Anlagen und Netzknoten beschädigt, kann die Reparaturkapazität an ihre Grenzen geraten.

Die Angriffe vom 3. und 4. November zeigen deshalb, dass Russland den Druck auf die ukrainische Energieversorgung unmittelbar vor dem Winter erneut erheblich verstärkt hat.

Eine weitere Entwicklung verdient besondere Aufmerksamkeit: die Angriffe auf die großen Verkehrsverbindungen über den Dnepr.

Nach einem Bericht von Meduza vom 4. Oktober 2026 griffen eine neuere Variante, die Geran-5 K5-K, (russische Drohnen, Fluggeschwindigkeit: 900 km/h, Reichweite von rund 1.000 km und Gefechtskopfmasse von etwa 90 kg) erstmals seit Beginn der großangelegten Invasion mehrere wichtige Brückenverbindungen in Kiew an.

Am 1. und 2. Oktober wurde die Südbrücke getroffen. Beschädigt wurden unter anderem Teile der Brückenkonstruktion, die Fahrbahn und technische Einrichtungen der Metro. Die Brücke wurde daraufhin für den Autoverkehr und den Metroverkehr gesperrt.

Am 3. Oktober wurde auch die Nordbrücke angegriffen. Dabei entstanden Schäden an der Fahrbahn und an Oberleitungen des Oberleitungsbusverkehrs.

Der Dnepr ist eine der wichtigsten geografischen Trennlinien der Ukraine. Die Flussübergänge sind für den Transport von Soldaten, Munition, Treibstoff, Fahrzeugen und anderen militärischen Gütern von strategischer Bedeutung.

Die Verbindung zum 90-Tage-Plan des Pentagon: Was bedeutet das für die USA und Europa?

Die Entwicklungen in der Ukraine liefern ein konkretes Beispiel für jene Risiken, auf die sich das Pentagon mit seiner Initiative FORTRESS offenbar vorbereiten will.

Der russische Angriff vom 3. November zeigt, wie innerhalb weniger Stunden eine große Zahl von Drohnen und Raketen eingesetzt werden kann, um ein nationales Energieversorgungssystem erheblich zu beeinträchtigen.

Die Auswirkungen beschränken sich nicht auf die unmittelbar getroffenen Anlagen. Sie reichen von der industriellen Produktion über die militärische Logistik bis zur Versorgung der Bevölkerung.

Für die USA und Europa ergeben sich daraus mehrere strategische Schlussfolgerungen.

Erstens: Energieversorgung ist ein militärischer Faktor.

Ein Staat, dessen Stromversorgung, Treibstofflogistik und Kommunikationssysteme ausfallen, verliert nicht automatisch seine militärische Handlungsfähigkeit. Seine Möglichkeiten werden aber erheblich eingeschränkt.

Militärische Einrichtungen benötigen deshalb unabhängige Stromversorgung, Treibstoffreserven, Ersatzteile, redundante Kommunikationswege und geschützte Lieferketten.

Zweitens: Die zivile Infrastruktur bleibt ein strategischer Schwachpunkt.

Auch wenn militärische Standorte für längere Zeit autark arbeiten können, bleibt ihre Umgebung von Stromnetzen, Verkehrswegen, Wasserwerken und industriellen Zulieferern abhängig.

Ein 90-Tage-Vorrat auf einem Militärstützpunkt löst deshalb nicht das Problem einer längerfristig gestörten nationalen Versorgung.

Drittens: Die europäischen Staaten müssen ihre industrielle Durchhaltefähigkeit neu bewerten.

Ein Konflikt dieser Größenordnung benötigt nicht nur Soldaten und Waffen, sondern eine langfristig funktionierende Produktions- und Versorgungsstruktur.

Die Frage ist, ob Europa im Ernstfall gleichzeitig genügend Munition, Ersatzteile, Luftverteidigungssysteme, Treibstoff und Energie bereitstellen könnte.

Viertens: Mehrere Krisenregionen könnten sich gegenseitig verstärken.

Sollte ein Konflikt in Europa gleichzeitig mit einer größeren militärischen Krise im Nahen Osten oder im Indopazifik auftreten, wären die USA gezwungen, ihre begrenzten militärischen Ressourcen auf mehrere Regionen aufzuteilen.

Besonders kritisch wären dabei Luftverteidigungssysteme, Präzisionsmunition, Tankflugzeuge, strategische Transportkapazitäten und Satellitenkommunikation.

Die eigentliche Warnung: Der moderne Krieg richtet sich gegen die Funktionsfähigkeit eines Staates

Die Entwicklung in der Ukraine zeigt eine Veränderung der modernen Kriegsführung.

Es geht längst nicht mehr ausschließlich darum, Gelände zu erobern oder gegnerische Truppen an der Front zurückzudrängen.

Zunehmend wird die gesamte Funktionsfähigkeit eines Staates zum Gegenstand militärischer Auseinandersetzungen:

- Energieerzeugung und Stromverteilung,
- Verkehrswege und Brücken,
- Eisenbahn und Hafenanlagen,
- Kommunikations- und Satellitensysteme,
- industrielle Produktionskapazitäten,
- Treibstoffversorgung,
- Wasser- und Lebensmittelversorgung.

Ein Staat kann militärisch noch über erhebliche Streitkräfte verfügen und dennoch zunehmend Schwierigkeiten bekommen, diese dauerhaft zu versorgen und einzusetzen.

Die russischen Angriffe auf die ukrainische Energieversorgung sind deshalb auch für die westlichen Staaten ein Warnsignal.

Die Initiative FORTRESS, die europäische Preparedness Union Strategy und die deutschen Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz müssen vor diesem Hintergrund gemeinsam betrachtet werden.

Die militärische Vorsorge der USA für 90 Tage, die europäische Empfehlung von 72 Stunden und die deutsche Empfehlung einer möglichst zehntägigen Eigenversorgung beziehen sich zwar auf unterschiedliche Aufgaben und Einrichtungen. Gemeinsam machen sie aber deutlich, dass die Abhängigkeit von funktionierenden Versorgungsnetzen zunehmend als Sicherheitsrisiko verstanden wird.

Die entscheidende Frage lautet nicht mehr nur, ob ein Krieg auf das eigene Staatsgebiet übergreifen könnte.

Sie lautet vielmehr:

Wie lange können ein Staat, seine Streitkräfte und seine Bevölkerung funktionieren, wenn Energieversorgung, Transport, Kommunikation und industrielle Lieferketten gleichzeitig ausfallen?

Der Krieg in der Ukraine liefert darauf bereits heute eine ernüchternde Antwort.

Quelle: Russischer Großangriff auf Ukraines Energie: 5 Kraftwerke getroffen

10. Die zivile Verwundbarkeit: Was passiert, wenn die militärische Krise den Alltag erreicht?

Die militärische Vorbereitung wird häufig in Truppenstärken, Waffensystemen und Verteidigungsausgaben gemessen. Für die Bevölkerung ist aber mindestens ebenso wichtig, ob die Grundversorgung im Krisenfall aufrechterhalten werden kann.

10.1 Energie und Strom

Stromausfälle können nahezu alle anderen Versorgungssysteme gleichzeitig treffen: Wasserpumpen, Krankenhäuser, Telekommunikation, Kühlhäuser, Tankstellen, Bahnverkehr, Zahlungsverkehr und Lebensmittelhandel.

Die Verwundbarkeit entsteht durch mehrere Faktoren:

- Konzentration und Vernetzung der Energieversorgung,
- Abhängigkeit von IT- und Steuerungssystemen,
- begrenzte Notstromkapazitäten,
- Abhängigkeit von Treibstofflieferungen,
- lange Reparaturzeiten bei beschädigten Umspannwerken oder Leitungen.

Ein gezielter Angriff auf Energieinfrastruktur wäre besonders folgenreich. Aber auch technische Defekte, Extremwetter, menschliches Versagen oder Cyberangriffe können große Ausfälle verursachen.

10.2 Wasser und Abwasser

Wasserwerke benötigen Energie, Chemikalien, Ersatzteile und funktionierende Leitungsnetze. Bei einem längeren Stromausfall können Pumpstationen und Aufbereitungsanlagen ausfallen. Auch Abwasserentsorgung ist energieabhängig.

Die deutsche Notfallplanung sieht Ersatzbrunnen und Notversorgungsmöglichkeiten vor. Die örtliche Verfügbarkeit und tatsächliche Einsatzbereitschaft sind jedoch unterschiedlich. Eine Notquelle ist nur dann eine praktische Hilfe, wenn sie erreichbar, funktionsfähig, hygienisch sicher und ausreichend leistungsfähig ist.

10.3 Krankenhäuser und Medikamente

Krankenhäuser sind auf Strom, Sauerstoff, Medikamente, medizinische Verbrauchsmaterialien, Wasser, IT und Personal angewiesen. Ein Notstromaggregat löst nur einen Teil des Problems: Es braucht Treibstoff, Wartung und eine funktionierende Verteilung der Energie innerhalb des Gebäudes.

Bei Medikamenten ist die Lage besonders komplex. Viele Arzneimittel und Vorprodukte werden international produziert. Lieferengpässe können durch Handelskonflikte, Produktionsprobleme, Transportstörungen oder eine hohe Nachfrage entstehen. Ein militärischer Konflikt wäre nur einer von mehreren möglichen Auslösern.

10.4 Lebensmittel und Transport

Die moderne Lebensmittelversorgung ist effizient, aber stark vernetzt. Viele Betriebe halten nur begrenzte Lagerbestände, weil regelmäßige Lieferungen wirtschaftlich günstiger sind. Diese Effizienz wird im Krisenfall zur Schwachstelle.

Besonders empfindlich sind:

- Kühlketten,
- Verpackungsmaterial,
- Futtermittel,
- Düngemittel,
- Diesel und Transportkapazitäten,
- industrielle Vorprodukte,
- zentrale Lager- und Verteilzentren.

Der Ausfall eines einzelnen großen Produktionsstandorts muss nicht zu einer landesweiten Versorgungskrise führen. Wenn jedoch mehrere Störungen zusammenkommen, kann die Wirkung erheblich sein.

10.5 Cyberangriffe und Kommunikationsnetze

Cyberangriffe können Verwaltungen, Krankenhäuser, Energieversorger, Logistikunternehmen und Banken beeinträchtigen. Besonders gefährlich sind Angriffe auf Systeme, die physische Prozesse steuern.

Eine Cyberstörung kann dabei unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges stattfinden. Die Zuordnung zu einem staatlichen Akteur ist häufig schwierig. Deshalb sollte zwischen

einem nachgewiesenen Angriff, einem vermuteten staatlichen Hintergrund und einer politischen Schuldzuweisung unterschieden werden.

10.6 Was die Bevölkerung realistisch vorbereiten kann

Die staatlichen Empfehlungen für einen Notvorrat sind kein Aufruf zur Panik. Sie sind eine einfache Möglichkeit, die ersten Tage einer Störung zu überbrücken. Dazu gehören:

- Trinkwasser und haltbare Lebensmittel,
- notwendige Medikamente,
- Licht und Batterien,
- ein batteriebetriebenes oder kurbelbetriebenes Radio,
- Bargeld,
- wichtige Dokumente und Kontaktdaten,
- eine Möglichkeit, Angehörige zu erreichen,
- ein Plan für Menschen, die auf Pflege oder besondere Versorgung angewiesen sind.

Die größere politische Aufgabe liegt allerdings nicht bei einzelnen Haushalten. Kommunen, Energieversorger, Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen und staatliche Stellen müssen ihre Krisenpläne regelmäßig testen und transparent machen, welche Leistungen tatsächlich aufrechterhalten werden können.

11. Die Rolle der britischen Politik in der UA-Unterstützung 2025–2026

Die historische Einordnung Großbritanniens muss mit den konkreten aktuellen Maßnahmen verbunden werden. Die britische Regierung weist sich selbst eine Führungsrolle bei der militärischen und diplomatischen Unterstützung der Ukraine zu.

Nach der britischen Regierungsmitteilung vom 13. Oktober 2026 hatte Großbritannien insgesamt 25 Milliarden Pfund für die Ukraine zugesagt. Die Mitteilung vom 28. Oktober 2026 erhöhte die ausgewiesene Gesamtsumme auf 35 Milliarden Pfund. Darin enthalten sind militärische Unterstützung, nichtmilitärische Hilfen und Exportfinanzierung. Die britische Regierung kündigte außerdem zusätzliche Mittel für Luftverteidigung an. Britische Ukraine-Faktenübersicht, 13. Oktober 2026 und Zusätzliche Unterstützung, 28. Oktober 2026.

Diese Summen müssen sorgfältig gelesen werden: Eine politische Zusage ist nicht identisch mit bereits ausgeliefertem Material oder tatsächlich ausgezahltem Geld. Auch können Kredite, Garantien, Exportfinanzierungen und direkte Militärhilfe in einer Gesamtsumme zusammengefasst sein.

Die britische Rolle umfasst heute vier miteinander verbundene Ebenen:

1. Militärische Unterstützung: Waffen, Ausbildung, Ausrüstung, Finanzierung und langfristige Kooperation.
2. Nachrichtendienstliche und operative Zusammenarbeit: Ein Teil der Kooperation ist nicht öffentlich; öffentlich zugängliche Berichte geben deshalb nur einen Ausschnitt wieder.

3. Diplomatische Koordination: Großbritannien und Frankreich koordinieren die Koalition der Willigen und arbeiten an möglichen Sicherheitsgarantien.
4. Strategische Planung: Militärplaner befassen sich mit Logistik, Führungsstrukturen, möglicher Stationierung und der langfristigen Verteidigungsfähigkeit der Ukraine.

Damit ist Großbritannien ein wesentlicher Akteur bei der Gestaltung der europäischen Sicherheitsordnung nach einem möglichen Waffenstillstand.

11.1 Ist das bereits eine direkte Kriegsbeteiligung?

Hier ist eine rechtliche und politische Differenzierung notwendig.

Waffenlieferungen und Ausbildung machen einen Staat nicht automatisch zur Konfliktpartei im Sinne des humanitären Völkerrechts. Die rechtliche Bewertung hängt von Art und Intensität der konkreten Beteiligung ab. Eine Stationierung eigener Truppen, die direkte Steuerung militärischer Operationen oder die unmittelbare Beteiligung an Kampfhandlungen wären anders zu bewerten als die Lieferung von Ausrüstung oder Ausbildung.
Die Koalition der Willigen ist deshalb nicht allein aufgrund ihres Namens oder ihrer Planungen eine Kriegspartei. Die Frage würde sich neu stellen, wenn eine multinationale Truppe tatsächlich stationiert würde und in Kampfhandlungen geriete.

11.2 „Unterwanderung": Was lässt sich belegen?

Mit Unterwanderung sind unterschiedliche Sachverhalte gemeint:

- Einflussnahme auf politische Entscheidungen,
- Aufbau und Unterstützung politischer Netzwerke,
- Geheimdienstoperationen,
- Finanzierung von Organisationen,
- militärische Ausbildung und Beratung,
- direkte Steuerung staatlicher oder militärischer Entscheidungen.

Für die Ukraine sind britische Ausbildung, Waffenhilfe, militärische Beratung und strategische Koordination öffentlich belegt. Die abgehörte Nuland-Pyatt-Unterhaltung von 2014 dokumentiert darüber hinaus eine aktive US-amerikanische Einflussnahme auf die politische Nachfolgefrage. Sie ist aber kein Beleg für eine britische Steuerung des Maidan oder für die vollständige Kontrolle der ukrainischen Regierung durch westliche Staaten.

Für konkrete britische verdeckte Operationen in der Ukraine braucht es jeweils spezifische Quellen. Dass Nachrichtendienste existieren und mit Partnerdiensten kooperieren, reicht nicht aus, um eine bestimmte Operation als Tatsache darzustellen.

12. Szenarien bis 2030

Eine seriöse Analyse kann nicht vorhersagen, ob es bis 2030 zu einem direkten NATO-Russland-Krieg kommt. Sie kann aber die wichtigsten Entwicklungspfade beschreiben.

Szenario A: Waffenstillstand und bewaffnete Abschreckung

Ein Waffenstillstand oder eine politische Vereinbarung beendet die großen Kampfhandlungen in der Ukraine. Die Ukraine erhält langfristige Sicherheitsgarantien und militärische Unterstützung. Eine multinationale Truppe könnte auf ukrainische Einladung stationiert werden.

Risiko: Russland könnte eine solche Stationierung als westliche Militärpräsenz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft betrachten. Die Sicherheitsgarantie könnte dadurch selbst zum Streitpunkt werden.

Gegenfaktor: Eine glaubwürdige Vereinbarung mit klaren Einsatzregeln, überprüfbaren Sicherheitsmechanismen und Kommunikationskanälen könnte das Risiko eines erneuten Krieges reduzieren.

Szenario B: Fortsetzung des Abnutzungskrieges

Der Krieg in der Ukraine geht ohne entscheidende politische Lösung weiter. Beide Seiten setzen auf Material, Personal, Drohnen, Raketen und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Risiko: Die militärische Unterstützung der Ukraine wird weiter ausgebaut. Russland intensiviert seine Rüstungsproduktion und Angriffe. Die Gefahr unbeabsichtigter Zwischenfälle und grenzüberschreitender Eskalation bleibt bestehen.

Gegenfaktor: Verhandlungen über begrenzte Waffenstillstände, Gefangenenaustausch, Energieinfrastruktur und Schutz ziviler Einrichtungen könnten einzelne Eskalationsrisiken mindern.

Szenario C: Direkter Zwischenfall zwischen NATO und Russland

Ein Flugzeug, eine Rakete, ein Schiff oder eine Drohne verletzt den Luftraum oder trifft unbeabsichtigt ein Ziel auf NATO-Gebiet. Die beteiligten Seiten machen unterschiedliche Angaben über Ursache und Absicht.

Risiko: Politischer Druck kann schnelle militärische Reaktionen erzwingen. Missverständnisse und unvollständige Informationen können eine Krise verschärfen.

Gegenfaktor: Militärische Kommunikationskanäle, Untersuchungskommissionen und abgestimmte Krisenmechanismen können verhindern, dass ein Zwischenfall automatisch zu einem offenen Konflikt wird.

→ Link: **RUS Abwehrziele**

Szenario D: Hybride Eskalation

Cyberangriffe, Sabotage, Desinformation, Spionage, Störungen von Infrastruktur und verdeckte Operationen nehmen zu.

Risiko: Die Urheberschaft bleibt unklar, Gegenmaßnahmen können den falschen Akteur treffen, und die Schwelle zwischen Frieden und Konflikt wird unscharf.

Gegenfaktor: Technische Beweissicherung, internationale Ermittlungen, transparente öffentliche Kommunikation und Schutz kritischer Infrastruktur.

Szenario E: Rüstungswettlauf und dauerhafte Blockbildung

Die Staaten investieren bis 2030 weiter in Waffen, Munition, Luftverteidigung, Drohnen, Raketen und Logistik. Die politische Konfrontation verfestigt sich.

Risiko: Selbst ohne offenen Krieg steigen Kosten, Fehlalarmgefahr und die Wahrscheinlichkeit, dass politische Krisen militärisch beantwortet werden.

Gegenfaktor: Rüstungskontrolle, Begrenzung bestimmter Waffensysteme, gegenseitige Inspektionen, Transparenz bei Übungen und neue Vereinbarungen zur Stationierung.

13. Gesamteinordnung: Was lässt sich feststellen?

Aus den dargestellten Entwicklungen ergeben sich mehrere belastbare Befunde.

Erstens: Die USA, Großbritannien, die NATO-Staaten und die EU bauen ihre militärischen Fähigkeiten und ihre zivile Resilienz systematisch aus. Das geschieht nicht nur rhetorisch, sondern durch konkrete Haushaltsentscheidungen, Waffenprogramme, militärische Übungen, Logistikplanung und neue Sicherheitsstrukturen.

Zweitens: Russland rüstet ebenfalls auf und hat seine Wirtschaft und Streitkräfte seit 2022 stark auf den Krieg gegen die Ukraine ausgerichtet. Die russische Führung begründet ihre Politik mit der Bedrohung durch die NATO. Diese Bedrohungswahrnehmung ist ein wichtiger Teil der Konfliktdynamik, rechtfertigt aber nicht den Angriff auf die Ukraine.

Drittens: Großbritannien ist ein eigenständiger und historisch bedeutender Akteur. Die britische Politik gegenüber Russland war wiederholt von imperialen und geopolitischen Interessen geprägt. Palmerstons territoriale Überlegungen im Krimkrieg, die britische Intervention im russischen Bürgerkrieg und die heutige britische Führungsrolle bei der Ukraine-Unterstützung sind unterschiedliche historische Phasen – keine Belege für eine lückenlos durchgeplante Strategie über zwei Jahrhunderte.

Viertens: Die Koalition der Willigen ist ein wichtiger Schritt zu einer stärker eigenständigen europäischen Sicherheitsarchitektur. Ihre mögliche Stationierung in der Ukraine würde das militärische Kräfteverhältnis und die russische Bedrohungswahrnehmung beeinflussen. Ob sie stabilisierend oder eskalationsfördernd wirkt, hängt wesentlich von den konkreten Bedingungen, Einsatzregeln und der Einbindung in eine politische Vereinbarung ab.

Fünftens: Die zivile Krisenfestigkeit ist ein eigenständiges Problem. Deutschland und Europa sind in vielen Bereichen von komplexen, eng getakteten Versorgungsketten abhängig. Militärische Verteidigungsfähigkeit und zivile Versorgungssicherheit müssen deshalb gemeinsam betrachtet werden.

Sechstens: Die historische Vorgeschichte darf weder ausgeblendet noch als alleinige Erklärung verwendet werden. Westliche Entscheidungen haben zur Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland beigetragen. Russlands Entscheidungen – insbesondere die

Annexion der Krim und der Großangriff auf die Ukraine – haben die europäische Sicherheitsordnung ebenfalls massiv verletzt.

Die zentrale Gefahr besteht darin, dass beide Seiten ihre eigenen militärischen Maßnahmen als defensiv und die Maßnahmen der Gegenseite als offensiv interpretieren. Wenn beide Seiten auf diese Weise planen, kann eine Spirale entstehen, in der Abschreckung die Unsicherheit nicht mehr reduziert, sondern verstärkt.

Persönliche Sichtweise:

Wie man unschwer erkennen kann, befindet sich unsere gesamte Gesellschaft in einer Sackgasse. Das eigentliche Problem ist weder fehlendes Geld noch sind es die Schulden. Es ist vielmehr eine Krankheit der Köpfe – ein Denken, das uns dazu verleitet hat, Entscheidungen zu treffen, nach Maßstäben zu handeln und Prinzipien zu leben, die grundlegend falsch sind.

Doch diese Krankheit der Köpfe werden wir nicht überwinden, ohne dass es zu einer tiefgreifenden Krise kommt. Denn offenbar braucht es erst den Schmerz, um falsche Überzeugungen und festgefahrene Denkmuster aufzubrechen. Und je falscher die Gedanken und Überzeugungen sind, die uns in diese Krise geführt haben, desto größer wird vermutlich auch der Schmerz sein, der notwendig ist, um sie zu überwinden.

Dieser Tag ist möglicherweise nicht mehr fern. Doch wenn es so weit ist, könnte etwas geschehen, das heute kaum vorstellbar erscheint: Wir werden wieder klarer sehen und denken. Die Menschen werden aufwachen – wie aus einem langen Fiebertraum.

14. Quellen und weiterführende Dokumente

Die folgenden Quellen sind besonders wichtig, weil sie unterschiedliche Perspektiven abbilden: amtliche Dokumente, parlamentarische Unterlagen, wissenschaftliche Arbeiten und kritische geopolitische Analysen. Regierungsquellen dokumentieren zuverlässig, was eine Regierung offiziell erklärt und tut; sie sind nicht automatisch eine neutrale Bewertung ihrer eigenen Motive.

A. Großbritannien, Empire und Russland

- Hansard: Britische Parlamentsdebatte über die Kriegsziele gegenüber Russland, 24. Mai 1855
- Orlando Figes: The Crimean War: A History – insbesondere die Darstellung von Palmerstons Kriegszielen und der territorialen Frage.
- John Howes Gleason: The Genesis of Russophobia in Great Britain (1950).
- Halford J. Mackinder: The Geographical Pivot of History (1904).
- Halford J. Mackinder: Democratic Ideals and Reality (1919).
- Scott Sherriff: Britain’s Forgotten Intervention in Russia, 1918–21, RUSI Journal (2023).
- Jeffrey Sachs: European Russophobia and Europe’s Rejection of Peace: A Two-Century Failure – als kritische geopolitische Interpretation, nicht als neutrale historische Gesamtdarstellung.

B. Britische Ukraine-Politik und Koalition der Willigen

- Britisches Verteidigungsministerium: Operation ORBITAL, Erklärung vom 17. Januar 2022
- National Audit Office: Untersuchung der britischen Militärhilfe für die Ukraine
- Britische Regierung: Koalition der Willigen, 27. März 2025
- Britisch-französisch-ukrainische Erklärung, 10. Juli 2025
- House of Commons Library: Proposals for a Coalition of the Willing in Ukraine, 11. August 2026
- Britische Regierung: Ukraine-Unterstützung, aktualisiert am 13. Oktober 2026
- Britische Regierung: zusätzliche Ukraine-Unterstützung, 28. Oktober 2026

C. Europäische und deutsche Verteidigungsplanung

- NATO: Resilience Baseline Requirements (2026).
- NATO: Informationen zu den multinationalen Kampfverbänden an der Ostflanke.
- EU-Kommission: Preparedness Union Strategy (2025).
- EU-Kommission: ReArm Europe/Readiness 2030.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Empfehlungen zur Bevorratung.

- Bundeswehr: Informationen zum Operationsplan Deutschland.
- Polnische Regierung: Informationen zum Programm Eastern Shield.
- Deutsche und europäische Untersuchungen zur Krankenhaus-, Wasser- und Energieversorgung.

D. Historische und völkerrechtliche Grundlagen

- NATO-Russland-Grundakte (1997).
- NATO-Gipfelerklärung Bukarest (2008).
- UN-Generalversammlung, Resolution ES-11/1 (2. März 2022).
- UN-Generalversammlung, Resolution 68/262 zur territorialen Integrität der Ukraine (2014).
- The Report of the Iraq Inquiry (Chilcot-Bericht, 2016).
- Russische Vertragsentwürfe zu Sicherheitsgarantien vom Dezember 2021.
- Russische Außenpolitische Konzeption von 2023.

E. Ukraines Energiezusammenbruch

- Reuters, 3. November 2026: Russische Angriffe legen Teile der ukrainischen Stromversorgung lahm
- DTEK, 3. November 2026: Drei Wärmekraftwerke nach russischen Angriffen außer Betrieb
- Ben Aris, bne IntelliNews, 2. November 2026: Russlands militärische Kaufkraft und der Vergleich mit den USA
- Meduza, 4. Oktober 2026: Russische Angriffe auf die Dnepr-Brücken in Kiew
- Estnischer Rundfunk ERR, 9. Oktober 2026: Estnischer Militärgeheimdienst warnt vor Angriffen auf Bahnverbindungen und Brücken
- Reuters, 3. November 2026: Kreml bestätigt Medinsky als Verhandlungsführer in Abu Dhabi

Schlussfolgerung

Ein besonders wichtiger Gedanke:

Die 90 Tage des Pentagon sind nicht mit zehn Tagen privater Vorratshaltung vergleichbar. Sie zeigen aber, dass militärische Planer mit einer Krisendauer rechnen, die weit über das hinausgeht, worauf die meisten privaten Haushalte vorbereitet sind.
Die Untersuchung zeigt eine reale und zunehmende militärische Vorbereitung auf eine mögliche Konfrontation zwischen Russland und westlichen Staaten. Die Vorbereitungen sind auf beiden Seiten sichtbar, auch wenn Umfang, Zweck und politische Begründung unterschiedlich sind. **Sind wir, Bevölkerung, bereit?**

Großbritannien muss bei dem europäischen Konflikt stärker berücksichtigt werden, als es in einer rein NATO-zentrierten Darstellung häufig geschieht: Seine imperiale Vergangenheit, die historische Konkurrenz mit Russland, seine Rolle in der Intervention von 1918–1921, seine militärische Unterstützung der Ukraine seit 2015 und seine heutige Führungsrolle in der Koalition der Willigen bilden eine wichtige Linie britischer Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Linie ist nicht bruchlos und nicht in jeder Epoche identisch, aber sie ist historisch relevant.

Der Begriff „gegenseitige Kriegsvorbereitung" beschreibt deshalb einen Teil der Wirklichkeit. Militärische Planung kann Abschreckung bezwecken. Sie kann aber auch Bedrohungswahrnehmungen verschärfen und die Schwelle zur Eskalation senken.

Die entscheidende politische Frage für die Jahre bis 2030 lautet daher nicht nur, wer mehr Waffen produziert oder mehr Truppen verlegt. Sie lautet, ob es gelingt, die militärische Abschreckung wieder in eine belastbare Sicherheitsordnung einzubetten, die auch die Sicherheitsinteressen der jeweils anderen Seite berücksichtigt – ohne das Selbstbestimmungsrecht kleinerer Staaten und das Völkerrecht preiszugeben.